Nr. 220 / Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Dienstag, den 21. September 1926

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen, Illustr. Beilagen, „Kinderfreund" sowie „Volk u. Zeit". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung Harz 42/44 Hofgebäude 2 Treppen, Fernsprech-Anschluß 24 667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. v. Postboten zugestellt 2,40 Mk.; bei direkter Einsendung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle Harz 42/44. Fernruf 24 605. — Zweigstelle Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319 Erfurt

Ueber Thoiry

heute Pariser Entscheidung.

Briand oder Poincare?

(Von unserem Spezialberichterstatter.)

Paris, 21. September. (Durch Telephon.)

Dem Ministerrat, der heute, Dienstag, stattfindet und in dem Briand über Genf seine Besprechungen mit dem deutschen Außenminister Stresemann Bericht erstatten wird, kommt beinahe eine so große Bedeutung zu wie einer Parlamentssitzung. Der Ministerpräsident Poincaré wird sich gezwungen sehen, zu bekennen, ob er tatsächlich, als er das gegenwärtige Kabinett bildete, nur an die Stabilisierung des Franken dachte oder ob er seine jetzige Stellung benutzen will, um auch auf dem Boden der Außenpolitik seine alten Ideen zu verfechten. Kein Geringerer wird der Interpellant sein als Briand in Person. Nach allem, was in den letzten Tagen hinter den Kulissen vorging, nach der Hetze, die von einer Reihe bekannter blocknationalistischer Tagesorgane gegen den Minister des Auswärtigen unternommen wurde, und vor allem nach der zweistündigen Unterredung, die Briand am Sonabendnachmittag sofort nach seiner Rückkehr aus Genf mit Poincaré hatte, mußte sich Briand darüber klar werden, daß er die Politik großzügiger Liquidierung der Kriegsrechte, wie er sie plant, nicht ohne inneren Kampf zum Sieg wird verhelfen können. Weil er wünschte, jede öffentliche Stimmungsmache gegen diese Politik vor der Ministerratssitzung am Dienstag unmöglich zu machen, und weil er der Gesamtregierung, Poincaré an der Spitze, ihre volle Verantwortung überlassen wollte, hatte Briand darauf gedrängt, keine Einzelheiten über seine Verhandlungen mit Stresemann in die Oeffentlichkeit gelangen zu lassen und die Abmachungen ad referendum getroffen.

Aber ehe Briand den Ministerrat offiziell über den wahren Sachverhalt der Besprechungen von Genf und Thoiry unterrichten konnte, hat auf der ganzen Presseruude die Polemik eingesetzt. So ungehalten Briand in der ersten Stunde darüber sein mochte, so wenig irrt man sich wohl, daß er sich schon völlig darauf eingestellt hat und zum Kampf gegen seine Widersacher bereit ist. Seine Stellung ist außerordentlich stark, da er nicht nur auf die Unterstützung der gesamten Linken rechnen darf, sondern auch mindestens auf ein passiv wohlwollendes Verhalten eines Teiles des früheren Nationalen Blocks. Denn genau wie in Deutschland ein Teil der Großindustrie in anderen Reihen durch dick und dünn mit Herrn Westarp zu marschieren pflegt, heute die Stresemannsche Politik aus wirtschaftlichen Gründen gutheißt, sind auch in Frankreich jene Industriekreise, die seit Monaten mit den verschiedensten Zweigen der deutschen Industrie in Verhandlungen liegen, nicht mehr geneigt, Poincarés außenpolitischen Prinzipien zu huldigen. Vor allem aber ist die Linke zum Kampf bereit, wenn sie ihre Außenpolitik, die im Mittelpunkt des Wahlkampfes von 1924 stand und für die Herriot und Painlevé vor Briand bahnbrechend gewirkt haben, in blocknationalistischer Gefahr sähe. Das zeigt u. a. besonders klar der vom „Quotidien" begonnene Feldzug gegen diejenigen Minister, die dem französisch-deutschen Ausgleich, wie ihn Briand plant, ablehnend gegenüberstehen.

An sich ist es nicht erstaunlich, daß Briand innerhalb des gegenwärtigen Kabinetts auf Widerstände stößt, da ja nicht nur Poincaré an dessen Spitze steht, sondern Barthou, der Präsident der ehemaligen Großen Reparationskommission das Vizepräsidium hat, Tardieu, der Haupturheber des Versailler Vertrags, im Ministerium für öffentliche Arbeiten sitzt, Bokanowski, der ehemalige Generalberichterstatter, der der Bloc National-Mehrheit den Handel verweigert, und der Vorsitzende der bloc-nationalistischen Mutterfraktion, Louis Marret, dem Pensionsministerium vorsteht. Briand selbst hat nicht angenommen, daß alle diese prominenten Persönlichkeiten der ehemaligen Rechtsmehrheit, die durch die innerpolitische Zersetzung des Linkskartells wieder ans Ruder gelangt sind, sich ohne weiteres mit seiner Außenpolitik einverstanden erklären würden. Als er sich vor seiner Abreise nach Genf jedes Hineinreden von Poincaré verbeten hat, mußte er sich doch sagen, daß in dem Augenblick, in dem die ihm in aller Unabhängigkeit festgelegten außenpolitischen Linien ratifiziert werden sollten, die alten Gegensätze wieder aufleben müßten. Aber wenn Briand sich trotz der Zusammensetzung der gegenwärtigen Regierung nicht davon abschrecken ließ, die Dinge vorzeitig zu treiben, so darf man daraus schließen, daß er zum Kampfentschlossen ist. Für die Hemmungen, die Poincaré empfinden mag, kann man psychologisches Verständnis aufbringen. Handelt es sich doch für ihn um die beinahe ironisch-historische Verpflichtung, die konstitutionelle Verantwortung zu übernehmen und die endgültige Liquidierung jener Politik, deren aktiver Vertreter er einst als Ministerpräsident und Führer des Nationalen Blocks gewesen ist, während Briand von sich sagen darf, daß Genf und Thoiry, wie vorher Locarno, die logische Fortsetzung einer Politik bedeuten, die er, von einer oder zwei heftigen, aber kurzen Schwankungen abgesehen, seit langen Jahren systematisch verfolgt.

Sollte es gegenwärtig der Ministerpräsident wirklich auf den Kampf ankommen lassen, sollte er sich nicht etwa darauf beschränken, griesgrämige, mißtrauische Kommentare an den Vorgängen in Genf und Umgebung zu machen, sondern versuchen, der vollen Auswirkung der Locarnoverträge einen Riegel vorzuschieben, so wird es schon vor dem erst für Anfang November vorgesehenen Zusammentritt der Kammer zu einer Regierungskrise kommen. Entweder wird sich Poincaré gezwungen sehen, wenn er innerhalb des Kabinetts für seine Anschauungen keine Mehrheit fände, zu gehen, oder Briand, wenn er von seinen Kollegen im Stich gelassen würde, müßte Abschied nehmen, um eine raschere Einberufung der Kammer herbeizuführen, vor der dann der Endkampf ausgefochten würde. Auf der Rechten dürfte man sich aber klar darüber sein, daß dieser Endkampf eine Bestätigung der Locarnopolitik, einen Sieg Briands bringen würde.

Poincare mit Briand einverstanden?

Paris, 21. September. (Radiomeldung.)

„Echo de Paris" behauptet, aus bester Quelle zu wissen, daß nach der Besprechung, die Poincaré am Sonntag mit Briand gehabt hat, und nach den Erklärungen, die Briand ihm über die Unterredung mit Stresemann abgegeben hat, Poincaré der Ansicht sei, daß die von Briand vorgeschlagenen Lösungen zur Herstellung guter Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland „nichts Unvernünftiges" (!) hätten und daß Briand in **keiner Weise über die politischen Richtlinien der Regierung hinausgegangen sei.** Unter diesen Umständen werde nach dem heutigen Ministerrat der Presse eine sehr befriedigende amtliche Mitteilung übermittelt werden, und es sei ausgeschlossen, daß es innerhalb des Ministerrats zu einer Krise über die Außenpolitik Briands kommen wird.

Thoiry und deutsches Reichskabinett.

Das Reichskabinett wird sich Ende der Woche mit dem Ergebnis der Besprechungen zwischen dem französischen Außenminister Briand und Dr. Stresemann in Thoiry befassen. Es ist zu erwarten, daß die Regierung, die über das Ergebnis der Besprechungen bereits einen vorläufigen Bericht durch den aus Genf zurückgekehrten Staatssekretär der Reichskanzlei erhalten hat, dem Ergebnis der Besprechungen zwischen Briand und Stresemann ihre einmütige Zustimmung geben wird.

Memel und Danzig im Völkerbundsrat.

Genf, 21. September. (Eig. Drahtbericht.)

Der Völkerbundsrat beschäftigte sich am Montagnachmittag mit zwei Fragen, die in Deutschland besonderem Interesse begegnen, da es sich um Memel und Danzig handelt. Die Memeler Angelegenheit betrifft eine Beschwerde der litauischen Regierung, die dem Generalsekretär des Völkerbundes das Recht bestritt, Beschwerden des Memelländischen Landtages an die Unterzeichner des Memelabkommens weiterzuleiten. In der Aussprache über das vom Juristenkomitee ausgearbeitete Gutachten ergriff zum erstenmal Reichsaußenminister Dr. Stresemann im Rat das Wort und unterstrich als wesentlichen Punkt die Feststellung, daß jede im Rate vertretene Macht berechtigt ist, die Frage einer Verletzung der Memelstatuten aufzuwerfen. In der Annahme, daß eine freundschaftliche Regelung zwischen Memel und Litauen erfolgt, wurde die strittige Frage in der Schwebe gelassen.

Darauf erfolgte die Behandlung der Danziger Finanzfrage. Für die Gewährung einer Anleihe an die Stadt Danzig sind vom Finanzkomitee mehrere Bedingungen aufgestellt worden, wie die Verminderung der Beamtenzahl, Herabsetzung der Mitgliederzahl des Danziger Parlaments, sowie der Zahl der Senatoren und deren Gehälter. Wenn diese Bedingungen bis zum Dezember erfüllt sind, ist das Finanzkomitee bereit, eine Anleihe von 30 Millionen Danziger Gulden zu befürworten. Den Standpunkt der Stadt Danzig legte deren Präsident Sahm dar, indem er den schlechten Stand der Danziger Finanzen mit der allgemeinen Wirtschaftskrise und dem Verfall des polnischen Zloty begründete. Es sei eine schwere Enttäuschung für die Stadt Danzig, daß der Betrag einer geplanten Anleihe von 60 Millionen Gulden auf die Hälfte herabgesetzt werden soll. Das Ersuchen Danzigs geht vor allem dahin, bis zur Dezembertagung des Rates kurzfristige Anleihen aufnehmen zu dürfen.

Der Reichsaußenminister ergriff nochmals das Wort, um die Darlegungen des Senatspräsidenten Sahm zu unterstützen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die direkten Verhandlungen zwischen Danzig und Polen zu einem guten Ergebnis führen werden. Unter Hinweis darauf, daß **die kurzfristigen Kredite, die Danzig einstweilen erhalten hat, aus Deutschland stammen, versicherte Dr. Stresemann, daß, wenn der Zollkrieg zwischen Polen und Deutschland in absehbarer Zeit zu Ende sein werde, auch der Freien Stadt Danzig in ihrer schwierigen Lage wieder geholfen werden könne. Die Erwerbslosen Danzigs könnten unmöglich ohne Unterstützung gelassen werden.** An den Berichterstatter des Rates, den Genossen de Brouckère, richtete Dr. Stresemann am Schluß die Frage, ob nicht in der Zwischenzeit bis zum Dezember das Finanzkomitee die Aufnahme von kurzfristigen Anleihen durch die Stadt Danzig empfehlen könne. De Brouckère erklärte, daß eine solche Empfehlung jederzeit von Danzig bei dem Vorsitzenden des Finanzkomitees nachgesucht werden könnte. Nach diesem Bescheid wurde der Bericht de Brouckères einstimmig genehmigt.

Arbeit und Ermüdung.

Gewerbehygienische Anregungen.

Auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung der „Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene" in Wiesbaden stand u. a. die Erörterung über das Thema „Arbeit und Ermüdung". Als erster Berichterstatter sprach zu diesem Thema Prof. Dr. Atzler (Berlin), Direktor des Instituts für Arbeitsphysiologie. Er führte aus, daß die Not unserer Zeit das allgemeine Interesse auf die amerikanischen Betriebsmethoden gelenkt habe. Vom Taylorismus, noch mehr vom Fordismus, erwartet man die Gesundung unserer Wirtschaft. Auf zwei Wegen steigern diese Systeme den Ertrag. Einmal durch Rationalisierung des Arbeitsprozesses, dann aber auch durch eine Steigerung der Arbeitsintensivität. Die Rationalisierung ist zu begrüßen, sie sollte noch systematisch weiter entwickelt werden. Eine zu weitgehende Intensivierung der Arbeit aber, wie sie in amerikanischen Fabriken vorkommt, eignet sich nicht für europäische Verhältnisse. Das würde zu einer vorzeitigen Abnützung der deutschen Arbeiterschaft führen. Ein Riesenheer von Arbeitsinvaliden wäre die Folge. Außerdem würde der gelernte Arbeiter immer mehr verschwinden.

Im Interesse der Erhaltung unserer Volkskraft sollten wir uns bemühen, den menschlichen Arbeitsprozeß so zu gestalten, daß unter einem Minimum von Energieaufwand, Maximalleistungen erzielt werden. Das setzt aber eine genaue Kenntnis der menschlichen Natur voraus. Noch bis vor kurzem glaubte man mit objektiven Methoden zur Messung der Ermüdung die Grenze festzustellen, bis zu der eine Intensivierung der Arbeit getrieben werden darf, ohne daß akute und chronische Schädigungen zu befürchten sind. Es gibt aber nur wenige Methoden, die einen ungefähren Aufschluß über die Größe der Ermüdung geben. Ermüden können bei einer Arbeit die verschiedensten Organe, auch ist nicht anzunehmen, daß eine Ermüdung an sich schädlich wirken muß. Nur wenn sie sich auf ein enges anatomisches Gebiet erstreckt, kann sie gefährlich werden. Gerade diese Ermüdungsform gewinnt aber mit der fortschreitenden Arbeitsunterteilung immer mehr an Bedeutung. Ihre Gefahr liegt darin, daß das subjektive Befinden lange Zeit gut sein kann. Trotz der sich immer stärker anhäufenden Ermüdungsreste braucht die Tagesleistung nicht zu sinken. Der Arbeiter hilft sich durch anderweitige Willensimpulse und die Natur unterstützt ihn, indem sie immer neue frische Organbezirke in den Arbeitsprozeß miteinbezieht. So dehnt sich die chronische Ermüdungsschädigung auf immer weitere Bezirke aus, bis sie schließlich zum Zusammenbruch führt. Die Praxis muß dahinführen, den Arbeiter unter physiologischen Bedingungen arbeiten zu lassen. Wenn auch noch ein großer Teil des Gebietes in Dunkel gehüllt ist, so hat die Wissenschaft doch in letzter Zeit manches erforscht, was praktisch durchgeführt werden kann und durchgeführt werden muß, um einer vorzeitigen Schädigung des arbeitenden Menschen vorzubeugen.

Gewerbemedizinalrat Dr. Betke (Wiesbaden) sprach über das Thema „Arbeit und Ermüdung, Ermüdungsausgleich, Erholung": Eine produktive Gewerkschaftshygiene muß den Weg finden, um Ermüdung und Erschöpfung bei der Arbeit möglichst zu verringern.

Der zweite Teil behandelte die medizinischen Grundlagen eines gesundheitgemäßen Ermüdungsausgleiches. Rein physiologisch können in der Ernährung und Durststillung die Vorbedingungen einer kraftspendenden Nahrung erfüllt werden. Vergeistigung der Arbeit bringt Arbeitsfreude. Eine richtige Menschenwirtschaft und Menschenbehandlung wird auch Wege zur Kraft und Leistungssteigerung finden ohne Erschöpfung und ohne Raubbau an Volkskraft und Volkswohlfahrt.

In der folgenden sehr eingehenden Diskussion, die die Kongreßteilnehmer bis in die späten Nachmittagsstunden zusammenhielt, ergriffen Vertreter der Behörden, der Wissenschaft und der Praxis das Wort zu ergänzenden Referaten.

Auf Grund der Koblenzer Vereinbarungen haben die französischen Militärbehörden des Rheinlandes dieser Tage 24 Personen in Freiheit gesetzt und in 70 Fällen die Einstellung des Verfahrens oder der Vollstreckung von Urteilen verfügt. Rund 80 Gefangene, die in der geräumten Kölner Zone wegen Verbrechen verurteilt worden waren, wurden am Montag den deutschen Behörden übergeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260921-13/fragment/page=0001

Faule Ausreden.

Hindenburgs Einmischung in die Genfer Abstimmungen.

Der Sonderberichterstatter des „Soz. Pressedienst" in Genf hatte in seiner Betrachtung über die Neuwahl des Völkerbundsrats u. a. bemerkt, daß die deutsche Delegation trotz des Einspruchs von Hindenburg für den polnischen Ratssitz gestimmt hat. Amtlich ist der Kern dieser Behauptung bisher nicht widerrufen worden. Man hat es vorgezogen, in einzelnen Blättern „von unterrichteter Seite" erklären zu lassen, daß ein telegraphischer Einspruch des Reichspräsidenten in Genf nicht vorgelegen habe. Was soll diese Art des Widerrufs?

Es ist völlig gleichgültig, ob der Einspruch telegraphisch oder brieflich erfolgte und ob er durch eine direkte Mitteilung des Reichspräsidenten in Genf zum Ausdruck kam oder durch den Reichskanzler nach Genf weitergeleitet wurde. Das Wesentliche ist, daß er überhaupt erfolgen konnte, und daß Hindenburg versucht hat, in ablehnendem Sinne auf die deutsche Delegation einzuwirken, wird keine amtliche Stelle bestreiten wollen. Dieser Versuch ist ebensowenig aus der Welt zu schaffen wie der gleichzeitig nach Genf übermittelte Kommentar des Reichskanzlers zu der Auffassung des Reichspräsidenten hinsichtlich des polnischen Ratssitzes.

Im übrigen stellen wir fest, daß der „Soz. Pressedienst" in dem fraglichen Artikel den Reichspräsidenten nicht mit einem einzigen Wort angegriffen hat — wie es von der Rechtspresse behauptet wird —, sondern nur eine Tatsache feststellte. Mit der Haltung des Herrn von Hindenburg hinsichtlich der Zusammensetzung der deutschen Delegation, überhaupt seiner Haltung in bezug auf die Genfer Tagung werden wir uns zu gegebener Zeit noch befassen.

England und die deutsch-französische Verständigung.

London, 21. September. (Radiomeldung.)

Halbamtlich wird der Ansicht entgegengetreten, als ob die in den letzten Tagen in Genf erfolgte Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich der britischen Regierung nicht angenehm sei, da sie eine Spitze gegen England enthalten könnte. Diese Auffassung wird als vollkommen abwegig bezeichnet und darauf hingewiesen, daß Chamberlains Bemühungen gerade auf diese Annäherung gerichtet gewesen seien. England, das jetzt durch die Locarno-Verträge besonders an das Schicksal Europas gebunden sei, habe ein großes Interesse an allem, was zur Förderung des europäischen Friedens und zur Beseitigung einer Kriegsgefahr beitrage.

Breitscheid über die deutsch-polnischen Beziehungen.

Warschau, 21. September. (Radiomeldung.)

Dem Genfer Korrespondenten des „Kurjer Warszawski" erklärte Reichstagsabgeordneter Breitscheid in einer Unterredung, daß die Regelung der deutsch-polnischen Streitigkeiten und der Abschluß eines Handelsvertrages unbedingt notwendig seien, um den Boden für eine künftige Zusammenarbeit im Völkerbund zu schaffen. Auf die Frage nach einer eventuellen Revision der deutschen Grenzen antwortete Breitscheid, daß dieses Problem vorläufig nicht in Erwägung gezogen werden könne, jedoch müsse der Verkehr durch den Danziger Korridor verbessert und die plombierten Wagen abgeschafft werden, um die deutsche Bevölkerung nicht unnütz zu reizen. Breitscheid bedauerte das Fehlen eines Kontaktes zwischen den Parlamentariern der beiden Länder. Um persönliche Verbindungen zu erlangen, werde er sich im Oktober nach Warschau begeben.

Besserung der polnischen Wirtschaftslage?

Warschau, 21. September. (Radiomeldung.)

Die Session des Sejm wurde am Montag eröffnet. Finanzminister Klarner gab eine optimistische Schilderung der Wirtschaftslage, die sich in den letzten drei Monaten wesentlich gebessert habe, weil das Land politisch und wirtschaftlich Vertrauen zur Regierung finde. Als der Minister auf die erfreuliche Kohlenausfuhr hinwies, wurde er durch Zurufe der sozialistischen Abgeordneten auf die Ursache, den Streik der englischen Bergarbeiter, hingewiesen. Der Minister begründete dann den Haushaltsvoranschlag für das vierte Quartal des Jahres mit 484 Millionen Zloty, was gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres mit 501 Millionen Zloty einer Besserung gleichkommt. Der vom Minister berechnete Fehlbetrag des Gesamthaushaltes Ende des Jahres beziffert sich auf 44 Millionen Zloty, zu deren Deckung jedoch keine neuen Steuern nötig seien. Nach der Rede des Ministers wurde die erste Sitzung geschlossen.

Die Rechtsparteien im Sejm haben gegen den Innen- und den Unterrichtsminister Mißtrauensanträge eingebracht und ebenso beschlossen, gegen die Haushaltsvorlage zu stimmen. In den politischen Kreisen wird jedoch angenommen, daß sie im entscheidenden Augenblick umfallen werden. Vorläufig besteht allerdings gegen die Regierung eine starke Rechts- und Linksopposition.

Die Moskauer Opposition.

Moskau, 21. September. (Eig. Bericht.)

In Moskau tagte kürzlich eine Versammlung der oppositionellen kommunistischen Gruppe des dortigen Bezirks. Auf der Tagesordnung stand die Frage einer Verständigung mit der Majorität des Zentralkomitees. Die Mehrheit der Versammlung lehnte eine derartige Verständigung ab. Das Politbureau wurde in der Diskussion u. a. beschuldigt, zur Vorbereitung der altrussischen Parteikonferenz umfangreiche Wahlfälschungen vorgenommen zu haben.

Nationalsozialistischer Parteitag in der Tschechoslowakei.

Sieg des demokratischen Flügels.

Prag, 21. September. (Eig. Drahtbericht.)

Der Parteitag der tschechischen Nationalsozialisten brachte eine große Auseinandersetzung zwischen dem demokratischen und dem faszistischen Flügel der Partei. Sie endete mit einem vollständigen Sieg der Demokratie. Der Führer des faszistischen Flügels, der frühere Heeresminister Stribrny wurde mit seinen Anhängern aus der Partei ausgeschlossen. Der Parteitag beschloß dann ein Vertrauensvotum für den Außenminister Benesch, der zum ersten mal auch in die Exekutive der Partei gewählt wurde. Die Führung der Partei bleibt in der Hand des Senators Klofac. Damit ist die Gewähr für eine demokratische Politik der Partei gegeben. Die Beteiligung an einem Linksblock mit den tschechischen und deutschen Sozialdemokraten wurde jedoch mit der Begründung abgelehnt, daß die Partei grundsätzlich für die Mitregierung im Staate sei und nur vorübergehend in einer ungebundenen Opposition verbleiben könne.

Der mit großer Spannung erwartete Parteitag brachte im übrigen die Aufdeckung weiterer Skandalaffären in der tschechisch-bürgerlichen Politik. Vor allem erregte die Mitteilung Aufsehen, daß der nunmehr ausgeschlossene Stribrny schon als Heeresminister unter ständiger Beobachtung stand, weil er gemeinsam mit General Gajda einen Umsturz im Staate plante. Die Tschechoslowakei hatte also gleichzeitig einen Heeresminister und einen stellvertretenden Chef des Generalstabes, die unter Beobachtung standen. Mit der Reinigung der Nationalsozialistischen Partei sind die letzten Hoffnungen der tschechischen Faszisten zusammengebrochen.

Nachklang des Nürnberger Armeetages.

Wilhelm telegraphiert.

Unter diesen Ueberschriften lesen wir im „B. L.":

In der Schlußsitzung des „Hauptausschusses zur Durchführung des Armee- und Marinegedenktages" in Nürnberg hat einer der Drahtzieher unter anderen Anerkennungstelegrammen auch das folgende verlesen, das aus Doorn kam und von dem Imperator Rex stammte. In dieser allerhöchsten Aeußerung heißt es zum Schluß:

„Die alten Frontkämpfer, deren Heldentaten auf allen Schlachtfeldern unvergeßlich bleiben, werden auch, des bin ich gewiß, wieder in erster Reihe stehen, wenn es gilt, Monarchie und Kaiserreich wieder aufzurichten. Wilhelm I. R."

Ob diese Gewißheit zu Recht besteht, ist eine andere Frage, denn gerade der Herr Hauptmann a. D., der das kaiserliche Telegramm zur Verlesung brachte, wurde, wie die eidliche Aussage zweier Kameraden bewiesen hat, im Frühjahr 1918 wegen „zögernden Verhaltens" mit einem Verweis bedacht, was nicht für seine Eignung zum Konterrevolutionär spricht, wenn es ihn auch nicht hindert, Armeetage zu veranstalten. Daß aber in derselben Schlußsitzung des Komitees herzbrechend über Störungen durch Sturmtrupps der Nationalsozialisten geklagt und weiter beschlossen wurde, Klage gegen den Führer der „Altreichsflagge" zu erheben, scheint wieder zu beweisen, daß die für die Wiederaufrichtung der Monarchie nötige Einigkeit der Schwarz-Weiß-Roten nicht vorhanden ist. Dann heißt es noch in einem Bericht, den der deutschnationale „Fränkische Kurier" bringt: „Eine bittere Pille gab die bayerische Regierung dem Tage mit dem Verbot, die alten Armeefahnen enthüllt einzuholen bzw. abzutransportieren." Kurz, es scheint von bitteren Pillen gewimmelt zu haben.

Gut aber ist es, sich Aeußerungen des Obersten Kriegsherrn zu merken, die so wenig mit seinem feierlichen Verzicht in Einklang stehen. Auch dieses Telegramm — immer war der Dracht das Unglück des Doorner Schloßherrn — zeigt, daß die Familie Hohenzollern sich noch immer mit ihrem Lieblingssport, der Politik, beschäftigt.

Ebert-Büsten auf der Ausstellung der deutschen Kunstgemeinschaft.

Die deutsche Kunstgemeinschaft veranstaltet zurzeit in ihren Räumen im alten Berliner Schloß eine Porträtschau, in der namhafte Künstler, u. a. Liebermann, Slevogt, Käte Kollwitz, und Plastiker wie Kolbe und Bednorz, Porträts und Büsten ausstellen. — Drei in der Ausstellung gezeigte Büsten des verstorbenen Reichspräsidenten Fritz Ebert. Von links nach rechts: Ebert-Büste von Bednorz, G. Hartmann und Prof. G. Kolbe. Um letztere, die für den Reichstag vorgesehen war, entstand im vorigen Jahre ein unliebsamer Streit. Sie ist von der Preußen-Fraktion der SPD. erworben worden und steht im Fraktionszimmer des Landtages.

Der neue preußische Generalintendant.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die Nachricht von der Ernennung von Heinz Tietjen zum Generalintendanten sämtlicher preußischer Staatsbühnen — mit ausdrücklicher Ausnahme der von Leopold Jeßner vorbildlich geleiteten Berliner Staatlichen Schauspielhäuser — muß den Berliner Opernfreund zunächst mit gemischten Gefühlen erfüllen. In die Freude darüber, daß durch Tietjens Berufung ein kräftiger Aufstieg der augenblicklich etwas ins Hintertreffen geratenen preußischen Staatsoper in Aussicht steht, mischt sich das Bedauern darüber, daß die Stadt Berlin den angemein erfolgreichen Leiter ihres kommunalen Operhauses verlieren soll. Aber bei einer streng sachlichen Beurteilung muß doch diese Lösung mit großer Genugtuung und den lebhaftesten Hoffnungen begrüßt werden.

Seit dem unglückseligen Ausscheiden von Max von Schillings von seinem Berliner Intendantenposten hat die Berliner Staatsoper wesentlich an Bedeutung als führendes deutsches Kunstinstitut eingebüßt. Die künstlerischen Leistungen grenzten — wie u. a. der Wagner-Zyklus am Ausgang der vorigen Spielzeit bewies — beinahe an Schlamperei; es fehlte der Unternehmungsgeist, die organisatorische Autorität; und damit schließlich auch der notwendige materielle Erfolg. Die interimistische Leitung konnte dem naturgemäß bei allem guten Willen nicht steuern, weil sie eben interimistisch war. Das preußische Kultusministerium hat schon lange die Beendigung dieses unerquicklichen Zustandes angestrebt und hat dabei schon früh an Heinz Tietjen gedacht, der sich in der Tat in seiner ganzen Laufbahn und besonders während des einen Jahres, da ihm die Charlottenburger Oper unterstellt war, als künstlerisch, organisatorisch und geschäftlich ungewöhnlich befähigte Persönlichkeit und zugleich als ein Mann von den gewinnenden Umgangsformen erwiesen hat. Seine Berufung dürfte deshalb wohl die Gewähr dafür bieten, daß er die preußischen Staatstheater unter Mitwirkung der Operndirektoren Hörth und Klemperer in Berlin und der Intendanten Behrer und Hagemann in Kassel und Wiesbaden zu Musterbühnen Deutschlands und darüber hinaus machen wird. Die Selbständigkeit dieser Bühnen auf der einen, ihre gemeinsame Oberleitung auf der anderen Seite eröffnen gleichfalls günstige Aussichten für die Entwicklung dieser Kunstinstitute, und Tietjen dürfte auch der gegebene Mann für die Verwirklichung der angestrebten Interessengemeinschaft zwischen Berliner Staats- und Stadtoper in dem Sinne sein, daß die Konkurrenz die Darbietungen dieser beiden Häuser nicht geneigtlich lahmzulegen sucht und es nicht mehr — wie mehrfach in letzter Zeit — vorkommt, daß an einem Abend das gleiche Werk auf beiden Bühnen aufgeführt wird.

Nicht ganz geklärt ist einstweilen die Frage von Tietjens Amtsantritt. Sein Vertrag mit der Stadt Berlin läuft noch annähernd zwei Jahre. Eine gemeinsame Leitung von Staats- und Stadtoper wäre natürlich ein Unding, und die Befürchtung, daß dieser Zustand beabsichtigt sei, ist ja auch bereits durch ein amtliches Dementi zerstreut worden. Da der Umbau des Opernhauses „Unter den Linden" voraussichtlich noch ein volles Jahr dauern wird, ist die Lösung dieser Frage ja nicht besonders drängend. Zu wünschen und zu hoffen ist deshalb, daß die Stadt Berlin ihren Intendanten wenigstens nach Ablauf dieser Spielzeit freigeben wird. Das liegt auch im Interesse der Städtischen Oper selbst, für die es sicherlich kein Vorteil sein würde, einen Intendanten festzuhalten, der die Uebernahme eines fruchtbaren Wirkungskreises wünscht und diese Uebernahme natürlich auch von langer Hand vorbereiten muß.

Die Erziehung Tietjens durch einen geeigneten Nachfolger wird der Stadt Berlin freilich sehr schwer fallen, aber immerhin nicht unmöglich sein. Nachdem die Entwicklung einmal den oben angedeuteten Verlauf genommen hat, wird die Stadt gut tun, ihrem Intendanten das Ausscheiden nicht zu erschweren und schon jetzt mit allem Eifer, aber auch aller Gewissenhaftigkeit Umschau nach einer geeigneten Persönlichkeit zu halten, die wenigstens vom nächsten Jahre an das Erbe Tietjens übernehmen und weiter ausbauen kann. Die Berliner Städtische Oper hat sich unter Tietjen und dem Generalmusikdirektor Bruno Walter, dem erst in diesen Tagen anläßlich seines 50. Geburtstages die ganze musikalische Welt aufs neue gehuldigt hat, zu einem der Staatsoper ebenbürtigen Kunstfaktor entwickelt. Soll diese Entwicklung nicht gefährdet werden, so muß die Ungewißheit über die Zukunft der Berliner Stadtoper möglichst bald und möglichst aussichtsreich behoben werden.

BZ.

Gefährdete Wandmalereien in der Berliner Marienkirche. Die aus dem 15. Jahrhundert stammenden „Totentanz"-Fresken im Turmbau der Berliner Marienkirche sind in Gefahr, infolge von eindringender Feuchtigkeit abzublättern. Sie sollen jetzt von Prof. Max Kutschmann erneuert werden, der schon vor mehr als 30 Jahren einige der Gemälde restauriert hat. Die Kosten der Wiederherstellung in Höhe von 3000 Mk. werden zu einem Drittel von der Stadt Berlin und zu zwei Dritteln vom preußischen Staat übernommen. Der an der Außenmauer hochgerankte Efeu, von dem die Feuchtigkeit herrührt, muß wesentlich beschnitten werden.

Ein musikhistorisches Werk von Romain Rolland, das den Titel „Musiciens d'autrefois" führt, wird soeben in deutscher Uebersetzung von Wilhelm Herzog unter dem Titel „Musiker von ehedem" bei Georg Müller in München herausgegeben. Der Verfasser des „Johann Christoph" und einer „Beethoven"-Biographie macht darin u. a. interessante Ausführungen über die Musikgeschichte des 18. Jahrhunderts, über Gluck und Mozart usw.

Hallesches Stadttheater.

I. Städtisches Sinfonie-Konzert.

Leitung: Generalmusikdirektor Band.

Die Fassung des Programms der städtischen Konzerte bringt in seiner Zusammenstellung die sichere Gewähr auserlesener Genüsse. Neben den Heroen und Altmeistern steht eine bedeutende Anzahl moderner und hypermoderner Musiker, und auf dem weiten Feld von Beethoven bis Waltershausen wird uns manches Opus in seiner Eigenart überraschen.

Generalmusikdirektor Band hat sein erstes Konzert mit einem Beethoven-Abend begonnen. Neben der Leonoren-Ouvertüre III Opus 72a hörten wir das Violin-Konzert D-Dur Opus 61, das der Meister seinem Freunde Breunig widmete. In Wien hörte man dieses Konzert zum ersten Male von dem bedeutenden Violinmeister Clement am 28. Dezember 1806.

Die „Siebente" Symphonie des Meisters Opus 92 A-Dur ist von vielen Dirigenten etwas stiefmütterlich behandelt worden. Trotzdem gehört sie den monumentalsten Meisterwerken Beethovens an, denn besonders in der „Siebenten" und „Achten" erweitert der Meister die Formen, gibt ihnen weite, kühnere Gestaltung, die Melodik bringt er in ergreifender Innigkeit. Man merkt schon die Signatur der letzten Lebensperiode des Meisters.

Als Solist erschien der Berliner Geiger Hans Bassermann. Er spielte das Violinkonzert Beethovens mit dem ganzen Rüstzeug eines virtuosen Künstlers. Auffallend ist die Verdünnung des Tones in den höchsten Lagen und manche Tempomodifikation, die in dieses Opus eine falsche Dialektik hineinkünstelt. Keinesfalls kann man Bassermann einen zweiten „Joachim" nennen, eher einen zweiten „Burmester". Nur ein Geiger erinnert uns gerade mit diesem Beethoven-Konzert an Joachim, und das ist Busch. Bassermann wurde mit sehr großem Beifall geehrt.

Die Leonore III und die Siebente Symphonie wurden vom Orchester mit hinreißendem Schwung und herrlichem Ton gespielt.

Generalmusikdirektor Band wurde mit enthusiastischem Beifall ausgezeichnet. Seine subtile Beethoven-Kenntnis hat uns abermals eine kostbare Feierstunde gebracht.

S. S.

Stadttheater. Gilberts Operette „Das Weib im Purpur", die ein Liebeserlebnis der russischen Kaiserin Katharina II. behandelt und an vielen deutschen Bühnen einen seitzen durchschlagenden Erfolg hatte, wird als erste Operette der diesjährigen Spielzeit am Sonntag im Stadttheater zum erstenmal gegeben. — Als erste Uraufführung geht am Oktober Hans J. Rehfisch neuestes Werk „Jakob und der Teufel" in Szene.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260921-13/fragment/page=0002

Unterirdische Rebellion.

Die Scheinruhe in Spanien.

Paris, 21. September. (Radiomeldung.)

Entgegen den optimistischen Mitteilungen, die die spanische Regierung über die innerpolitische Lage herausgibt, scheint die Ruhe noch nicht völlig hergestellt zu sein. Ein gewisses Mißtrauen des Direktoriums den Artillerieoffizieren gegenüber bleibt bestehen und die Regierung läßt überall Forts und Stützpunkte durch Infanterie besetzen. Im Laufe der letzten Tage wurden in Saragossa und Pampeluna 32 Urteile gegen Offiziere gefällt. Die Urteile selbst sind nicht bekanntgeworden, da unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt worden ist. Bei zahlreichen Offizieren der übrigen Waffengattungen besteht eine starke Sympathie für die verurteilten Artillerieoffiziere und es erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß das Infanterie-Offizierskorps mit der Artillerie zusammengehen werde.

Die Unsicherheit auf der Reichsbahn.

Und ihre Ursachen.

Aus Karlsruhe wird uns geschrieben: Ein Bahnwärter aus Bühl in Baden stand dieser Tage wegen „Gefährdung eines Eisenbahntransports" vor dem Schöffengericht in Karlsruhe. Der Bahnwärter hatte auf der Strecke Karlsruhe—Offenburg, auf der im Tage über 160 Züge verkehren, Dienst. Er versieht diesen Dienst schon seit 17 Jahren bei einer Arbeitszeit von zurzeit 12 Stunden und bei einem Gehalt von 140 Mark monatlich. Am Abend des 9. April, zu einer Zeit, wo Zug auf Zug die Strecke passierte, hatte der Bahnwärter, um zu verhüten, daß ein D-Zug auf eine Leerlokomotive auffuhr, eine Weiche eine halbe Sekunde zu früh umgestellt, so daß der Schlußzwagen eines vorherfahrenden D-Zuges, der über die Weiche im Augenblick der Umstellung fuhr, entgleiste. Der Mann hatte durch sein rasches Handeln wohl diesen Schlußwagen zum Entgleisen gebracht, der angerichtete Schaden war jedoch sehr geringfügig. Aber er hatte damit ein weit größeres Unglück verhindert. Er erhielt trotzdem einen Strafbefehl von drei Monaten Gefängnis, gegen den er jedoch Einspruch erhob, so daß der Vorfall gerichtlich behandelt wurde. Die Verhandlung endete mit dem Freispruch des Bahnwärters und ergab schwere Anklagen gegen die Reichsbahn. Es wurde festgestellt, daß die Weiche aus Sparsamkeitsgründen nicht elektrisch gesichert worden war. Nachdem sich vier Wochen später an der gleichen Stelle ein Unfall ereignet hatte, sicherte die Reichsbahn die Weiche elektrisch, setzte außerdem zwei Mann zur Bedienung der Wahnstation ein und verminderte die Dienstzeit von 12 auf 8 Stunden!

Aus dem Freispruch und den anschließenden Maßnahmen der Bahnverwaltung ergibt sich klar, daß die Spar- und Ausbeutungspolitik der Reichsbahn an der Unsicherheit unseres Verkehrswesens ihren wesentlichen Anteil hat.

Ein deutschnationaler Mann.

Köln, 21. September. (Eig. Drahtbericht.)

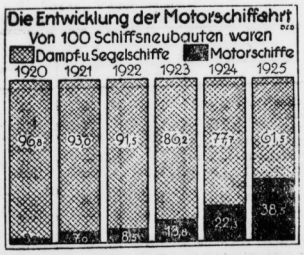
Ueber einen neuen Skandal in der rheinischen Bauernschaft berichtet unser Kölner Parteiblatt u. a. folgendes: „In einer außerordentlichen Generalversammlung der Kreisbauernschaft Bonn wurde mitgeteilt, daß der für die Kreise Bonn und Siegburg angestellte Syndikus Dr. Hans Esch von der Zentrale fristlos entlassen worden sei, weil eine vorgenommene Revision große Unregelmäßigkeiten in der Kasse feststellte. Es fehlten 35 000 Mk., über deren Verbleib Esch, der deutschnationaler Stadtverordneter in Bonn ist, keine Auskunft geben konnte. Eine genaue Nachprüfung dürfte ergeben, daß die veruntreute Summe noch beträchtlich größer ist. Von den empörten Bauern, mit deren Geld der deutschnationale Stadtverordnete so umgesprungen ist, wird auf eine weitere restlose Klärung der Angelegenheit gedrängt und ihre gerichtliche Klarstellung gefordert.

Kleine politische Notizen.

Die Einberufung der Abrüstungskonferenz. Die dritte Kommission der Völkerbundsversammlung beschloß am Montag nach einer Erklärung des französischen Delegierten, daß für Frankreich weder technische, noch politische Schwierigkeiten vorlägen, die Abrüstungskonferenz einzuberufen. Die Einberufung ist bis zum September 1927, also noch vor der nächsten Völkerbundsversammlung, vorzunehmen. Damit hat der französische Standpunkt über den englischen und italienischen gesiegt.

Die Besserung im Bergbau des Bochumer Reviers hält an. Die Belegschaften der Zechen „Prinzregent", „Karl Friedrich", „Julius Philipp" und „Friderika" verfahren regelmäßig Ueberschichten. Die Kohlenhalden der Zechen sind in raschem Abnehmen begriffen. Der stillgelegte Schacht „Kleine Windmühle" in Oberspronhövel wird am 21. September wieder in Betrieb genommen. Er gehört den Elberfelder Glanzstoffwerken und beschäftigt etwa 200 Mann. Es ist seit dem Stillegungsprozeß das erstemal, daß südlich der Ruhr ein stillgelegter Schacht wieder in Betrieb genommen wird.

Pangalos wollte die Türkei überfallen? Nach einer Meldung der Montagpost aus Athen soll der verhaftete General Pangalos einen Berichterstatter zufolge erklärt haben, daß er beabsichtigt hatte, Thrazien durch Ueberfall zu besetzen. Er hatte die Hoffnung gehegt, daß Kondylis ihn bei der Verwirklichung des Planes helfen würde. Ein Balkanstaat, dessen Namen Pangalos nicht nannte, hätte Griechenland seine Unterstützung bei dem Unternehmen zugesagt.



Die Entwicklung der Motorschiffahrt.

Der Wettbewerb der Motorschiff mit den Dampfschiffen vergrößert sich in überraschend schneller Zeit. Vor einem Jahrzehnt betrug der Raumgehalt der damals vorhandenen Motorschiffe knapp 250 000 To., Mitte 1920 schon 950 000 To., und Mitte 1925 gab es 2,145 Motorschiffe mit 2 710 000 To. Der Motorantrieb wird bezeichnenderweise für immer größere Schiffe verwendet. Die 1920 vom Stapel gelassenen Motorschiffe hatten eine Durchschnittsgröße von 1 890 To., die 1925 vom Stapel gelassenen von 4 261 To. Die Ende 1925 im Bau befindlichen Motorschiffe hatten eine Durchschnittsgröße von 5 390 To., die gleichzeitig im Bau befindlichen Dampfer umfassen aber durchschnittlich nur 3 340 To.

1200 Tote in Florida.

Tausende von Verletzten, 50 000 Obdachlose. / Das größte Unglück in der Geschichte der Vereinigten Staaten.

Die furchtbare Wirbelsturmkatastrophe, die am Sonnabend gegen 2 Uhr morgens Florida, die „Blüten"-Halbinsel am äußersten Südosten der Vereinigten Staaten, heimsuchte, hat, wie bis jetzt feststeht, mindestens 1200 Todesopfer gefordert, während mehrere tausend Personen verletzt wurden. Rund 50 000 Menschen sind obdachlos, da der größte Teil der Häuser mehr oder minder zerstört wurde. Der Schaden, soweit er sich überhaupt bis jetzt feststellen läßt, wird auf 1 Milliarde geschätzt.

Die Küste Floridas, dieses Landstrichs mit immerwährendem Frühling, ist zum zweiten Male in diesem Sommer von einem Wirbelsturm betroffen worden. Die jetzige Katastrophe gilt als das größte Unglück, von dem die Vereinigten Staaten jemals heimgesucht worden sind. Der Orkan hatte schon die ganze Nacht vom Meer her getobt. Plötzlich nahm er die furchtbare Geschwindigkeit von über 200-Stunden-Kilometern an und sauste wie ein gewaltiger Hammerschlag auf das Land hernieder. Furchtbar gelitten haben vor allem die berühmten Seebäder der amerikanischen Riviera, Miami und Palmbeach, die Stätten, wo die oberen Zehntausend der Neuen Welt ihren größten Luxus entfalteten und das Ueberbrechende an Hotelbauten und Privatvillen in den letzten Jahren entstanden ist. All diese Pracht bildet einen einzigen Trümmerhaufen. Denn während der Sturm über die Gegend dahinfegte, stürzten ungeheure Wassermengen vom Himmel und überfluteten die Wogen der See, die Straßen und Plätze. Tausende von Häusern wurden niedergerissen, selbst die Wolkenkratzer aus Eisen und Beton vermochten dem Druck des Windes und der Fluten nicht standzuhalten. Die Boote und Yachten im Hafen von Miami und längs der Küste wurden auf das Festland geworfen und zerschellten. Zu allem Unglück brach noch ein Damm eines Sees, wodurch gleichfalls viele Menschen ihr Leben einbüßten. Die Verheerungen sind so furchtbar, daß es zunächst schwer war, überhaupt in das zerstörte Gebiet vorzudringen. Die ersten Beobachtungen wurden vom Flugzeug aus gemacht. Der Anblick war furchtbar. In den Städten und längs der Küste sah man in dem Trümmerfeld Haufen von Leichen. Auf den Wegen bahnten sich Flüchtlinge einen Ausgang aus den Trümmern. Inzwischen hat eine großzügige Hilfsaktion eingesetzt. Da alle Lebensmittelgeschäfte zerstört sind, herrscht großer Nahrungsmittelmangel; besonders gefährdet sind die Säuglinge, da es an Milch fehlt. Zwar sind zahlreiche Hilfszüge aus allen großen Städten des südlichen Amerikas unterwegs nach dem Unglücksgebiet, aber sie kommen nur sehr schwer vorwärts, da die Bahnanlagen ebenfalls zerstört wurden. Der Gouverneur hat über das Gebiet den Kriegszustand verhängt und die Staatsmiliz mobilisiert, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Viele Ueberlebende gebärden sich wie verzweifelt und suchen ungeachtet der Gefahren in den immer weiter einstürzenden Trümmern nach ihren Angehörigen.

Der Orkan, der von Westindien über die Bahama-Inseln herankam, hat nicht weniger als 9 Stunden gewütet. Man befürchtet, daß er sich weiter landeinwärts gewälzt und weitere Landstriche zerstört hat. Von der Gewalt des Sturmes kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man hört, daß Schiffe vom Hafen Miami mitten in die Stadt hineingeschleudert wurden. So erging es u. a. dem früheren „Meteor" Wilhelms II. Unter den Besitzungen, die zerstört wurden, befinden sich auch die Villen von Ford und Edison. Die Festung Sonedale, 50 Kilometer nördlich von Miami, wurde ebenfalls völlig zerstört. Der Orkan hat auf Kuba und in Mexiko ebenfalls große Verheerungen angerichtet und auf den Bahama-Inseln alles zerwüstet. In den Staaten Nebraska und Illinois machte sich der Orkan in Gestalt eines heftigen Sturmes bemerkbar, der großen Schaden anrichtete und wobei mehrere Personen getötet wurden. Die Ortschaft Clewistown in Florida ist von einer Springflut vernichtet worden. Das Wasser steht 15 Fuß hoch in der Stadt. Auf einem Hügel konnte ein Flieger vereinzelte Personen feststellen.

Fortpflanzung des Orkans.

Berlin, 21. September. (Radiomeldung.)

Der Orkan, der Florida heimsuchte, hat am Montagmorgen die Stadt Pensacola im Nordwesten Floridas erreicht. Die Windstärke erreichte bereits Mitternacht 120 Stundenmeilen. Seit Montag früh sind alle Verbindungen mit der Stadt abgeschnitten, auch die drahtlosen. Am Montagmittag kam der Orkan in Mobile im Staate Alabama an. Auch von dieser Stadt fehlen seitdem alle Nachrichten.

Ein schießwütiger Bräutigam.

Im Südosten Berlins richtete in der Nacht vom Sonntag zum Montag ein mit seiner Braut heimkehrender Tischler durch eine wilde Schießerei großes Unheil an. Er war mit einem jungen Mädchen verlobt, dessen Eltern auf Lösung des Verhältnisses bestanden, nachdem sie festgestellt hatten, daß das Vorleben des Bräutigams nicht einwandfrei war. Am Sonntag war es zwischen dem Vater des Mädchens und dem Bräutigam zu einer erregten Aussprache gekommen. Dabei zog der junge Mann plötzlich eine Pistole und bedrohte die Eltern und die Braut. Dieser gelang es, den Bräutigam zu beruhigen und aus der Wohnung zu schaffen, indem sie sich bereit erklärte, mit ihm den Abend zu verbringen. Zusammen mit einer Freundin und deren Bräutigam gingen beide aus. Auf dem Heimweg jedoch bekam der Tischler, der stark getrunken hatte, plötzlich einen Wutanfall und rannte davon. Nach einigen Schritten drehte er sich um und feuerte auf seine Braut und deren Freundin. Diese erhielt einen Bauchschuß, während die Braut in die Schulter getroffen wurde. Daraufhin lief der plötzlich irrsinnig gewordene Tischler davon und erkletterte ein Gerüst. Von oben schoß er auf seine Verfolger und trat dabei einen völlig unbeteiligten 27jährigen Kaufmann. Die herbeigerufenen Polizeibeamten hielt er gleichfalls durch seine Schüsse in Schach. Schließlich schoß ihn ein Polizeihauptmann mit einem Karabiner in den rechten Arm. Darauf nahm der Tischler die Waffe in die linke Hand und schoß sich eine Kugel in die Schläfe. Unterdessen war auch die Feuerwehr alarmiert. Mit Scheinwerfern suchte sie den Unglücklichen zu blenden und am weiteren Schießen zu verhindern. Dabei stürzte er vom Gerüst. Aber als ihn die Feuerwehrsamariter aufheben wollten, schoß er trotz seiner schweren Verletzungen noch die letzten Kugeln aus seiner Pistole, zum Glück ohne jemand zu treffen. Erst dann ließ er sich festnehmen. Im Krankenhaus ist er bald nach seiner Einlieferung gestorben. Die Opfer seiner Schießerei sind zum Teil schwer verletzt, wenn auch nicht unmittelbare Lebensgefahr besteht.

Ein großer Beutezug.

Berlin, 21. September. (Radiomeldung.)

Reiche Beutezüge glückten in Berlin Einbrechern von Sonnabend bis zum Montag in einem Pelzwarengeschäft in der Nähe des Spittelmarktes. Indem sie die Alarmvorrichtungen sachkundig zu umgehen wußten, erbeuteten sie für 50 000 Mark Felle und Pelze, darunter besonders viel Hermelin. In einem Schneidergeschäft, dem ein Fassadenkletterer einen Besuch abstattete, wurden für 6000 Mark Winterstoffe, nur das beste vom Lager, den Helfershelfern zugeworfen. In einem Schuhwarengeschäft am Blücherplatz verschwanden für 3000 Mark Herren- und Damenstiefel und Strümpfe. In einer Wohnung im Westen nahmen die Einbrecher für mindestens 20 000 Mark Wäsche usw. mit. Auch alte Tausendmarkscheine ließen sie noch mitgehen. In einer anderen Wohnung wurden für 5000 Mark Gold- und Silbersachen gestohlen.

Bekämpfung der Typhusepidemie.

Prof. Jürgens nach Hannover entsandt.

Da die Typhus-Epidemie in Hannover noch immer nicht erlöschen will und die Gefahr einer weiteren Ausbreitung sich täglich mehr bemerkbar macht, hat das preußische Kultusministerium einen der ersten Fachleute, den dirigierenden Arzt des Urban-Krankenhauses in Berlin, Prof. Dr. Jürgens, nach Hannover entsandt. Prof. Dr. Jürgens soll die gesamten Bekämpfungsmaßnahmen der Typhus-Seuche planmäßig organisieren und vor allem dafür Sorge tragen, daß eine Verbreitung der Epidemie in die Umgegend Hannovers verhindert wird.

Hannover, 21. September. (Radiomeldung.)

Heute vormittag wurde die Zahl der Typhuserkrankungen mit 1704, die Zahl der Toten mit 79 angegeben.

Eine weibliche Verbrecherbande.

In London hat sich ein Damenklub als „Bande der 40 Elefanten" aufgetan. Zweck dieser weiblichen Vereinigung ist großzügiger Straßenraub in London. Das Unternehmen wurde sportmäßig und um „der Ehre willen" betrieben, da sich sämtliche Mitglieder in guten Vermögensverhältnissen befinden. Die jungen Damen hatten es in der Hauptsache auf den Raub von Privatautomobilen abgesehen, die abends vor den Theatern, Hotels und sonstigen Vergnügungsstätten standen. Die Polizeibeamten schöpften keinen Verdacht, wenn sich plötzlich elegante Damen an die Steuer verschiedener Wagen setzten und davonfuhren. Die „Elefanten" standen aber auch mit berufsmäßigen Verbrechern in Verbindung. Diese veranlaßten sie sogar zu Einbrüchen und Ueberfällen, wobei sie ihnen mit ihren Automobilen behilflich waren. Wenn die Polizei hinter den Einbrechern her war, erschien plötzlich ein von einer Dame gelenktes Automobil und entführte den Verbrecher. Zu allem Ueberfluß hat der Klub im Osten Londons eine Art von Hochschule für Straßenraub eingerichtet, in der junge Mädchen darüber aufgeklärt werden, wie sie auf dem Gebiete des Verbrechens die Gleichberechtigung mit dem männlichen Geschlecht erwerben können.

Versuchter Mord.

Berlin, 21. September. (Radiomeldung.)

Wegen versuchten Mordes wurde in Berlin die 38 Jahre alte Wirtschafterin Selma Hirte zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Ein 68 Jahre alter Mechaniker hatte das elternde Mädchen zu umgarnen versucht, bis sie sich ihm hingab. Als mit der Zeit der Alte sie anekelte und er sie sogar durch Schläge zu zwingen suchte, drehte sie eines Morgens den Gasbahn auf, um mit ihm ein Ende zu machen. Trotz Leugnens lautete das Urteil auf Mordversuch.

Der Betonmeister verhaftet.

Der vierte verunglückte Arbeiter außer Lebensgefahr

Berlin, 21. September. (Radiomeldung.)

Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wurde der Betonmeister Hirsch aus Berlin, der die Bauarbeiten an der eingestürzten Garter Oderbrücke verantwortlich leitete, verhaftet. Aus Zeugenaussagen von Arbeitern scheint sich ergeben zu haben, daß in der Betonmischmaschine während der Nachtschicht Fehler vorgelegen haben, ohne daß die Arbeit unterbrochen wurde. Der Schaden, der durch den Brückeneinsturz verursacht wurde, wird auf rund 300 000 Mark geschätzt. Zwei Drittel der Brücke sind völlig zerstört. Dem Taucher gelang es im Laufe des Montagnachmittags, eine Leiche zu bergen, jedoch bestätigt sich nicht die Nachricht, daß der schwerverletzte Arbeiter Hefter im Stettiner Krankenhaus gestorben ist. Er befindet sich vielmehr außer Lebensgefahr.

Scheidung der Ehe des Prinzen Eitel Friedrich? Prinz Eitel Friedrich, der zweite Sohn Wilhelms II., der seit Februar 1906 mit einer Oldenburger Prinzessin verheiratet ist, soll, wie bereits gestern gemeldet, beim Potsdamer Landgericht die Scheidung beantragt haben. Der Grund der Scheidung soll darin liegen, daß die Prinzessin seit langem Beziehungen zu einem Freiherrn von Plettenberg, die bereits vor der Ehe bestanden haben, nach der Rückkehr aus Amerika wieder aufgenommen hat. Auch Eitel Friedrich soll seit längerer Zeit seine Neigung anderweitig verschenkt haben, so daß beide Teile in der Scheidung einen Ausweg zu neuen Ehen suchen. Die beiden Ehegatten haben schon bisher meist getrennt gelebt.

Schröder legt Revision ein. Der Verteidiger des zum Tode verurteilten Magdeburger Raubmörders Schröder wird unmittelbar nach Inkrafttreten des Urteils Revision einlegen. Bis die Entscheidung darüber gefallen ist, bleibt Schröder im Magdeburger Untersuchungsgefängnis.

Ein neuer See in Ontario. Nach einer Agenturmeldung aus Neuyork berichtet man aus Toronto, daß im Norden der Provinz Ontario ein neuer, 250 Kilometer langer See entdeckt wurde.

Brand in einer Irrenanstalt. In der Irrenanstalt von Montauban (Frankreich) brach Feuer aus, wobei die Abteilung für leichtere Fälle vollständig niederbrannte. Die Kranken konnten alle bis auf einen gerettet werden. Dieser, der sich seit 14 Tagen in der Anstalt befand, hatte infolge des Brandes in seinem eigenen Hause den Verstand verloren. Er stürzte sich nun in das brennende Irrenhaus und fand den Tod.

Zwei Professoren für einen Studenten. Die ungarische Universität Szegedin weist fast mehr Professoren als Studenten auf. In der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung werden 16 Hörer von 12 ordentlichen, 11 außerordentlichen und fünf Honorarprofessoren sowie fünf Dozenten unterrichtet. In der philosophischen Fakultät lesen 20 Professoren und hören 31 Studenten.

25 Stunden im Wasser. Miß Mac Lennan mußte den Versuch, den Kanal zu durchschwimmen, gestern abend, 1¼ Meilen von Dover entfernt, aufgeben, nachdem sie über 25 Stunden im Wasser gewesen war.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260921-13/fragment/page=0003

Sport und Spiel.

2. Kreis (ATSB.), 6. Bezirk

Fußball

Weitere Ergebnisse vom 19. September.

Zörbig I — Bruckdorf I 4:2 (2:2).

Punkt 4 Uhr gab der Schiedsrichter Hübler (ASC.) das Leder frei. Mit Anstoß zog Bruckdorf in Zörbigs Spielhälfte und konnte nach schönem Durchspiel in kurzen Abständen zwei Tore erzielen. Zörbig holte bis Halbzeit beide Tore auf. Nach der Halbzeit spielten beide Mannschaften auf Sieg, doch wurde Bruckdorf ein Opfer des Spieltempos und mußte sich infolgedessen zwei weitere Tore gefallen lassen. Zörbig spielte die zweite Halbzeit mit nur 10 Mann. Der Schiedsrichter leitete einwandfrei.

Teicha I — Gröbers I 3:2.
ASC. I — Wörmlitz I 3:1.

Tabellenstand der 1. Klasse nach dem dritten Sonntag der 2. Runde.

Vereinsname	Spiele	gew.	unentschieden	verl.	Punkte +	Punkte —	Tore für	Tore gegen
Gruppe 1:								
Fortuna Dölau	8	6	2	—	14	2	26	4
ASC. Halle	8	6	—	2	12	4	23	8
Teutonia Halle	8	3	2	3	8	8	15	17
Fichte Ammendorf	8	1	4	3	6	10	11	14
VfB. Trotha	8	1	2	5	4	12	14	25
Sportverein Wörmlitz	8	2	—	6	4	12	5	26
Gruppe 2:								
Sportverein Kröllwitz	8	7	—	1	14	2	34	12
Sportfreunde Teicha	2	3	2	3	8	8	17	20
VfB. Lettin	8	3	2	3	8	8	15	19
Eintracht Gröbers	8	2	2	4	6	10	16	13
Fichte Halle	8	2	2	4	6	10	14	23
Ballspielklub Giebichenstein	8	3	—	5	6	10	9	18
Gruppe 3:								
Viktoria Halle	8	7	—	1	14	2	24	13
Sportklub Zörbig*)**)	9	5	1	3	13	5	25	20
Askania Nietleben**)	9	5	1	3	11	7	20	15
Sportbrüder Halle	8	3	2	3	8	8	9	10
Sportlust Halle	8	1	2	5	4	12	10	19
Rüstig-Vorwärts Bruckdorf	9	2	1	6	5	13	17	21
Minerva Halle*)	9	3	1	5	5	13	18	25

*) Im Spiel Minerva — Zörbig hat Zörbig die Punkte erhalten, nicht Minerva.
**) Schwebt Protest.

Fdm.

Handball

Städte-Handballspiel Leipzig — Halle.

Am Sonntag, dem 26. September, stehen sich Leipzig und Halle auf dem Minervaplatz (neben dem Stadion) gegenüber. Beide Mannschaften mit stärkster Vertretung und internationalen Spielern. Leipzig konnte voriges Jahr die Bundesmeisterschaft und den Olympiameister an seine Farben heften, mußte sich aber in Leipzig von Halle knapp mit 3:2 geschlagen bekennen. Beide Mannschaften verfügen über einen durchschlagskräftigen Sturm und gute Hintermannschaft, so daß eine Voraussage vollständig offen bleibt. Für ein Spiel hochwertiger Klasse bürgen die Namen Leipzig und Halle als Handball-Hochburgen. Das Spiel der Sportler beginnt um 3 Uhr, das der Sportlerinnen um 2 Uhr. Die hallische Arbeiterschaft hat an diesem Tage Gelegenheit, sich von der Leistungsfähigkeit des Arbeitersports zu überzeugen und ihre Zugehörigkeit zum Arbeitersport durch einen Massenbesuch zum Ausdruck zu bringen.

Am.

Arbeiter-Keglerbund, Bezirk Halle

Spiele vom 19. September: Osmünde — Halle-Süd 0:2. Gut Schubb (Bitterfeld) — Freie Neune (Halle) 2:0.

Sonntag, den 26. September 1926, vormittags 11 Uhr, im „Volkspark“:

Gr. internationaler Ringkampf

Rußland — Deutschland

Ländermannschaft — „Germania-Felsenfest“

Vorher große

Jiu-Jitsu-Kämpfe

Eintritt 1 Mk., Arbeitslose 50 Pfg. 6110

Sonnabend, den 25. September: Empfang der Russen und großer Varietee-Abend im „Volkspark“. Eintritt 30 Pfg.

Benutzt den Vorverkauf bei Steinbrecher & Jasper, im „Volkspark“ und in sämtlichen Konsum-Filialen

---

Am Sonntag, dem 3. Oktober, finden die Bezirksgruppen-Ausscheidungsspiele um die Bezirksgruppenmeisterschaft statt. Folgende Klubs spielen: 1. und 2. Gruppe: Ammendorf — Freie Nenne (Halle) von 8 bis 1 Uhr, 3. und 4. Gruppe: Passendorf — Freien Lauf (Halle) von 1 bis 6 Uhr, 5. Gruppe: Einigkeit (Groitsch) von 6 bis 9 Uhr. Diese Spiele werden auf den „Volkspark“-Bahnen ausgetragen. Ein nochmaliger Aufruf findet nicht mehr statt.

Freundschaftsspiele für Sonntag, den 26. September: Freien Lauf (Halle) — Aschersleben von 8 bis 1 Uhr, Freiheit (Halle) — Aschersleben von 1 bis 6 Uhr.

Bezirkssportkommission. J. A.: P. Schlotte.

Arbeiter-Sportkartelle

Bockwitz

In der letzten Kartellsitzung wurde bekanntgegeben, daß die Genossen Heinze und Böhme als Mitglieder des Kreisjugendamtes vom Kreisausschuß gewählt worden sind. Eine öffentliche Turner- und Sportlerversammlung kann nun, da ein Mitglied des Bundesvorstandes der Turner referieren wird, stattfinden. Die nähere Bekanntgabe erfolgt noch. Weiter sind vom Kartell zwei Winterveranstaltungen geplant. Die erste findet in Kleinleipisch und die folgende in Dolsthaida statt. Unter Verschiedenes wurde beschlossen, eine Konferenz sämtlicher Arbeitersportvereine des Kreises Liebenwerda zu veranstalten.

16. Kreis (ATSB.), Märkische Spielvereinigung

2. Grupe (Bockwitz).

Am 24. Oktober findet in Grünewalde nachmittags 2 Uhr eine Lehrstunde für Männer-, Frauen- und Kinderturnen statt. Abends 8 Uhr ist anschließend großes Bühnenschauturnen vorgesehen. — Am 3. Oktober, vormittags 9 Uhr, wird in Zschornegosda (Gasthof Laag) eine Vereinsvorstände- und Jugendleitersitzung abgehalten. — Betr. der Turnerkapelle Bockwitz werden sämtliche Vereine aufgefordert, nur eigene Musik zu Veranstaltungen zu benutzen. Stabführer ist Bundesgenosse Otto Ringel (Bockwitz). — Die Jugend der Fr.-T. Bockwitz ruft sämtliche Genossen zu einer am 25. September, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“ stattfindenden Jugendversammlung auf.

Sonntag, den 26. September, Minervaplatz:

Handballgroßkampftag!

Städtemannschaften Leipzig - Halle

2 Uhr Sportlerinnen, 3 Uhr Sportler.

Eintrittspreise:

Erwachsene 50 Pfg., Jugendliche und Erwerbslose 20 Pfg.

Vereinsmitteilungen

TV. „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Halle. Dienstag, den 21. September, abends 8 Uhr, in der Jugendherberge Zusammenkunft. — Mittwoch, den 22. September, abends 8 Uhr, in der Jugendherberge: Heiterer Abend mit Rezitationen, Musik und Gesang. Musikinstrumente mitbringen! Freitag, den 24. September, abends 8 Uhr im Ref.-Real-Gymn.: Gesangsgr. — Am Sonntag, den 26. September: Naturfreunde-Gautreffen in Bad Kösen. Abf. 6.20 Uhr bis Kösen. Meldeschluß für Teilnehmer bis Mittwoch (Jugendherberge), für Fahrscheinfahrer bis Freitag (Heim). (6199

Geschäftseröffnung!

Einer geehrten Einwohnerschaft von **Ammendorf u. Umgebung** zur gefl. Kenntnis, daß ich **am Mittwoch, dem 22. September, Regensburger Str. 3 ein**

II. Geschäft

eröffne.

Mein seit Jahren in der Regensburger Str. 24 betriebenes Geschäft führe ich in gewohnter Weise weiter.

Den Wünschen und lediglich der Bequemlichkeit meiner Kundschaft Rechnung tragend, habe ich mich zu dieser Neueinrichtung bewogen.

Ich freue mich, Veranlassung zu haben, bei dieser Gelegenheit für das mir bisher erwiesene Vertrauen zu danken und hege gleichzeitig die Bitte, mich auch in meinem neuen Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. 6194

Kaufhaus Kurt Binnewies
Ammendorf
1. Geschäft Regensburger Strasse 24
2. Geschäft Regensburger Strasse 3

Wer rudert fürchtet Wasser nicht

Erdal

macht Schuhe wasserdicht.

Vereins-Kalender

der SPD., freien Gewerkschaften, geselligen Vereine sowie der sozialist. Frauenzusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg

Sekretariat der SPD. Halle Harz 42/44, Hofgebäude 2 Tr. Fernruf 1029.

Aus dem Bezirk.

Sangerhausen. Dienstag, den 21. September, abds. 8 Uhr, in der Wohnung des Genossen Waldmann: Sitzung des Ortsvereinsvorstandes.

Merseburg. Arbeiterwohlfahrt. Mittwoch, den 22. Septbr.: Nähstunde im Jugendheim.

Artern. Mittwoch, den 22. September, abends 8 Uhr, im „Goethehaus“: Parteiversammlung. Alle männlichen und weiblichen Mitglieder müssen restlos erscheinen.

Dölau. Donnerstag, den 23 September, abends 8 Uhr, im Gasthof „Dölauer Heide“ (Richter): Wichtige Mitgliederversammlung, wozu das Erscheinen aller Mitglieder notwendig ist. Alle Volksblattleser sind als Gäste willkommen.

Könnern. Donnerstag, den 23. September, pünktlich abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“: Wichtige Vorstandssitzung. Keiner darf fehlen.

Keuschberg-Dürrenberg. Freitag, den 24. Sept., abends 8 Uhr bei Mennicke Versammlung. Erscheinen ist Parteipflicht.

Sangerhausen. Freitag, den 24. September, abends 8 Uhr, im „Herrnkrug“: Mitgliederversammlung. Redner: Reichstagsabg. Peters.

Jessen. Sonnabend, den 25 September, abends 8 Uhr, im „Ratskeller“: Werbeversammlung. Als Referent haben wir den Kreistagsabgeordneten Gen. Lehrer Zierte (Seyda) gewonnen. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es zu erscheinen und Freunde und Gönner unserer Sache mitzubringen.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle

Mittwoch, den 22. September, abends 8 Uhr, im „Volkspark“: Wichtige Funktionär-Versammlung.

Sonntag, den 26. September, vormittags 3/48 Uhr: Antreten zum Abmarsch nach Hohenthurm im Hofe des „Gewerkschaftshaus“ (Pflichtmarsch).

4. Abteilung. Alle Funktionäre der Abteilung treffen sich zu einer wichtigen Aussprache am Mittwoch, dem 22. September, abends 1/28 Uhr, im Kartellzimmer des „Volksparks“ vor Beginn der großen Funktionärsitzung.

Jungreichsbanner. Sonntag, den 26. September, vormittags 3/48 Uhr: Antreten zum Pflichtmarsch nach Hohenthurm im Hofe des „Gewerkschaftshaus“.

Ortsgruppe Hohenthurm. Am 26. September 1926 Republikanische Kundgebung verbunden mit Fahnenweihe. Wir laden alle Ortsgruppen des Reichsbanners und alle auf dem Boden der Verfassung stehenden Vereine herzlichst ein und bitten, uns durch zahlreiche Beteiligung im Kampf gegen die hier herrschende Reaktion zu unterstützen.

Ortsgruppe Bockwitzer Ländchen. Donnerstag, den 23. September, abends 8 1/4 Uhr, bei Wesenigk (Naundorf): Wichtige Vollversammlung. Jedes Mitglied muß erscheinen.

Genossen! Werbt neue Leser!

Pa. Speisekartoffeln

Wir empfehlen frei Halle, Ammendorf und Merseburg

feinste gelbfleischige
(Industrie oder Odenwälder Blaue)
gut sortierte Ware

je Ztr. 3,50 Mk., rote Centifolia je Ztr. 3,00 Mk. 617

Posten von 30 Ztr. an werden frei Haus gefahren.

Zuckerfabrik Körbisdorf A.-G.
Körbisdorf b. Merseburg.

Stadt-Theater.

Heute 6196
Dienstag 8 Uhr:
Juarez und Maximilian
Mittwoch 8 Uhr
Der Freischütz

Junge Mutter
mit Kind als **Amme** gesucht
Städt. Säuglingsheilstätte
„Emilienheim“
Giebichenstein, Str 6

Sitzbadewannen
von Mark 13 50 an.
G. Brose,
Gr Sandberg 8. 5832

60 000 Mark
auch geteilt, a Gutswerk. in hiesig Geg zu 6-8 % zu vergeb Offert. u **B. N. D. 1412** an Ala-Leipzig

Auf 5692

Kredit

bei niedrigster Anzahlung und selbst zu bestimm. Wochenraten erhalten Sie

Herren- Damen- und Kinder-Garderobe

Manufakturwaren
Kleiderstoffe, Leinen- und Baumwollwaren
Leib- und Bettwäsche
Gardinen, Schuhwaren
fertige Federbetten
Möbel, Spiegel
Polsterwaren

Carl Rasemann
Alte Promenade 35 I
(an d. Hauptpost)

Kredit auch nach auswärts

Soeben erschienen

Annie Francé-Harrar
Tier und Liebe
Das neue Bücherkreis-Werk!

Ausgabe des Buches sowie Mitgliederannahme durch die Zahlstelle „DER BÜCHERKREIS“

Volksblatt-Buchhandlung
Halle a S., Gr. Ulrichstr. 27.

Fritz Schwahn:

VOM WERDEN DER DEUTSCHEN REPUBLIK
1815—1915

Eine volkstümliche Darstellung der letzten 100 Jahre deutsch. Geschichte vom Standpunkt eines Republikaners und Großdeutschen. / Preis 2,— Mk

Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., nur Gr. Ulrichstr. 27
Bitterfelder Volksbuchhandlung
Bitterfeld, Steinstraße 3.

Korn & Zöllner
Halle a. S., Brüderstraße 13, Tel. 3763
Pa. Werkzeuge zur Holzbearbeitung
Eisenwaren, geschnitzte Auflagen auf Möbel, Zierleisten, Portierengarnituren
Lederleim, Kaltleim. 5704

Amtliche Bekanntmachungen

Wegen evtl. Abhaltung einer Eberkörung für den Stadtkreis Halle werden die in Halle wohnhaften Tierhalter aufgefordert, Eber, die angekört werden sollen, bis zum 15. Oktober 1926 beim Magistrat, Marktplatz 1, II, Zimmer 15, anzumelden unter genauer Angabe der Zuchtrichtung, Farbe und Abzeichen, Alter und Standort des Tieres. Nach Möglichkeit Abstammungsnachweis vorlegen.

Halle, den 16. September 1926.

Der Magistrat.

Wegen evtl. Abhaltung einer Bullenkörung für den Stadtkreis Halle werden die in Halle wohnhaften Tierhalter aufgefordert, Bullen, die angekört werden sollen, bis zum 15. Oktober 1926 beim Magistrat, Marktplatz 1, II, Zimmer 15, anzumelden unter genauer Angabe der Rasse, Farbe, Abzeichen, des Alters und des Standortes der Tiere. Nach Möglichkeit Abstammungsnachweis vorlegen.

Halle, den 16. September 1926.

Der Magistrat.

Heute

88.

Aufführung 6201

An der schönen blauen Donau

mit

Lya Mara - Harry Liedtke

Morgen unwiderruflich letzter Tag!

C.-T. Riebeckplatz

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städt. Schlacht- und Viehhofe

Bezahlt wurden am Montag, dem 20. September 1926

Gattung	Für 50 Kg. Fleischgewicht in Goldmark: 1. höchster Preis	2. niedrigster Preis	3. häufigster Preis	Gefrierfleisch
Ochsen	100	55	91	56—60
Bullen	100	80	91	
Kühe	100	55	90	
Jungrinder	95	80	90	
Mastkälber	—	—	—	
Saugkälber	110	95	108	
Lämmer und Masthammel	106	105	106	
Schafe	103	60	100	
Schweine einschließl. Mittel u. Geschlinge	102	95	100	

Mißfarbene Zähne

entstellen das schönste Antlitz. Übler Mundgeruch wirkt abstoßend. Beide Schönheitsfehler werden sofort in vollkommen unschädlicher Weise beseitigt durch die erfrischende Zahnpaste **Chlorodont.** Überall zu haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260921-13/fragment/page=0004

Das Anleiheprogramm genehmigt.

Weitergehende Forderungen der SPD.-Fraktion. / Der Stadthallenbau nicht als dringlich anerkannt, dafür der Bau eines städtischen Krankenhauses beschlossen. / Eine weitere Million für den Wohnungsbau. / Die Errichtung eines Arbeitsnachweisgebäudes in Aussicht gestellt. / Der „Ordnungsblock" richtet immer größere Unordnung an.

Am gestrigen Montag war auch für das hallische Stadtverordnetenparlament Ferienschluß. Mit aller Kraft wollte man sich in die Arbeit stürzen; wenigstens ließ die nicht weniger als 24 Punkte — darunter einige von ganz besonderer Bedeutung — umfassende Tagesordnung auf diese edle Absicht schließen. Es blieb aber beim guten Willen, denn außer der Vornahme von einigen Wahlen, die in wenigen Minuten erledigt waren, wurde nur ein Tagesordnungspunkt, die Aufnahme der Zehn-Millionen-Anleihe und die Ausführung von Notstandsarbeiten, mit Ach und Krach bewältigt. Diejenigen, die gekommen waren, um Neues vom Stadtbank-Kriegsschauplatz zu erfahren, kamen nicht auf ihre Kosten, denn auch der gewiß sehr dringliche Magistratsantrag auf Erteilung der Ermächtigung an den Kreditausschuß der Sparkasse für solche Geschäfte, die als satzungsgemäß nicht mehr gelten können, nach bestem Wissen und Gewissen weitere Mittel bis in Höhe von 5 Prozent der Gesamtsumme der ungedeckten Kredite zu dem Zwecke herzugeben, um eine für die Stadtbank günstige Abwicklung der gefährdeten Kredite herbeizuführen, kam trotz Ersuchens des Vorstehers nicht zur Beratung und Beschlußfassung. Die Herren Kommunisten, die sich noch in der letzten Sitzung so sehr für die Sanierung bzw. Uebernahme des Hama-Betriebes einsetzten, machten mit den geschworenen Feinden der kommunalen Geldinstitute gemeinsame Sache, indem sie für Verschleppung der Angelegenheit eintraten.

Im Mittelpunkt der Sitzung standen die von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten und von dem Genossen Flücht (der übrigens bei dieser Gelegenheit seine Jungfernrede hielt) wohlbegründeten Ergänzungsanträge zum Arbeitsbeschaffungsprogramm. Wir berichten über diese vom gesamten Stadtverordnetenkollegium mit seltener Aufmerksamkeit und Ausdauer aufgenommenen Darlegungen im nachfolgenden Verhandlungsbericht ausführlich und bemerken dabei mit Genugtuung, daß der Vertreter des Magistrats die Zusage machte, der Forderung auf Errichtung eines Arbeitsnachweisgebäudes nach Möglichkeit entsprechen zu wollen. Auch die Ausführungen, die auf sozialem Gebiete lagen, wurden allgemein beachtet, und ihr Wert sinkt nicht im geringsten durch den albernen Versuch des nachfolgenden kommunistischen Redners, sie durch altbekannte Unwahrheiten entkräften zu wollen.

Am Schluß der Sitzung zeigte es sich wieder, wie unmöglich auf die Dauer die jetzige Zusammensetzung des Stadtparlaments ist und wie richtig jenes Rechtsblatt neulich schrieb, als es sagte, daß bei den letzten Wahlen die Rechte wohl quantitativ gewonnen, qualitativ aber so gut wie alles eingebüßt hat. Kein Mensch wußte wieder, was gehauen und gestochen war. Eine geschlagene Stunde lang stritt man sich darüber, was dem Magistrat eigentlich bewilligt worden ist. Und es hat den Anschein, als ob der Riß, der seit langem im sogenannten Ordnungsblock wahrnehmbar ist, sich noch weiter vertiefen wird. Möglich, daß es sogar noch zu einer Vorsteherkrise kommt. Denn die Bemerkungen, die Vorsteher Busse beim Verlassen der Sitzung seinen Parteifreunden ins Gesicht schleuderte, waren alles andere, denn Höflichkeitsbezeugungen.

Was soll man dazu sagen, daß man nicht einmal imstande war, die Wichtigkeit der Anleiheermächtigung zu erkennen! Oder sollte bei denen, die sich ablehnend verhielten, der Hintergedanke vorherrschend gewesen sein, der Stadtbank unter allen Umständen das Lebenslicht auszublasen, selbst auf die Gefahr hin, daß nicht nur eine ganze Reihe an sich solider Firmen in Schwierigkeit geraten und die Verluste noch größer werden? Auch demjenigen objektiven Beobachter, der zu den eifrigsten Verteidigern der kommunalen Blockpolitik gehörte, wird sich die Ueberzeugung aufgedrängt haben, daß mit diesem Stadtparlament eine vernünftige Kommunalpolitik nicht zu machen ist. Besserung kann erst wieder eintreten, wenn Halle die Aera des „Ordnungsblocks" überwunden hat.

*

Sitzungsbericht.

Vorsteher Busse eröffnete um 4¼ Uhr die Sitzung mit der Bekanntgabe einiger Petitionen und Anträge zum Arbeitsbeschaffungsprogramm und zur Gewerbesteuerfrage. Stadtv. Müller (Soz.) fragte an, worauf sich der Ordnungsruf gründet, der ihm am Schluß der letzten Sitzung erteilt worden ist. Der Vorsteher hält diesen Ordnungsruf wegen einer einem bürgerlichen Stadtverordneten gegenüber getanen Aeußerung für berechtigt. Stadtv. Ilgenstein (Komm.) legt in einer längeren Erklärung Protest ein gegen die Form der Abstimmung über die Anträge zum Stadtbankskandal. Dem Vorsteher kann die kommunistische Fraktion kein Vertrauen schenken. Die dem Stadtv. Pfund gegenüber ausgesprochene Ausschließung ist zu Unrecht erfolgt und wurde vom Vorsteher für unwirksam erklärt. Das Ergebnis der Abstimmung über die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge sei, so meinte der Vorsteher, einwandfrei festgestellt worden, auch das von ihm eingeschlagene Verfahren durch Abstimmung ausdrücklich gebilligt. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte stellte der Vorsteher fest, daß der von der kommunistischen Fraktion eingelegte Protest dem Protokoll einverleibt würde.

Nachdem der Vorsteher noch mitgeteilt hatte, daß die Sitzungsgelder der Stadtverordneten mit Wirkung vom 1. April 1926 von 2 auf 3 Mk. erhöht worden sind, und einige Ersatzwahlen in die Wohnungszuweisungskommission, das Kuratorium der Assessor-Müller-Stiftung und von Mitgliedern für die Steuerausschüsse vorgenommen worden waren, wurde in die Beratung des wichtigen Punktes

Aufnahme einer Anleihe

eingetreten. Es wurde beschlossen, den nächsten Punkt der Tagesordnung: **Ausführung von Notstandsarbeiten,** gleichzeitig mitzuberaten. — Stadtv. Hoë berichtete über die Beschlüsse des Haushaltsausschusses, die unseren Lesern bereits bekannt sind. Er bemerkte, endlich habe die Einsicht bei den beteiligten Stellen gesiegt, daß statt Zahlung von Unterstützung produktive Arbeit geschaffen werden müsse. Er erläuterte die bekannten Projekte. Trotz des Schadens, den die Stadt auf finanziellem Gebiete erlitten habe, würde sie dennoch so viel Kredit haben um Gutes für die Allgemeinheit zu schaffen. — Stadtv. Spieß berichtete über die Beschlüsse des Bauausschusses und fügte hinzu, daß die verschiedenen Gesuche sich fast durchweg auf baldige Befestigung von Straßen in den Siedlungen beziehen. Die kommunistische Fraktion beantragt die Streichung der Positionen für den Neubau eines Lyzeums, die erste Rate für die Stadthalle, die Arbeiten auf Lehmanns Felsen und möchte dafür ein städtisches Krankenhaus und ein Jugendheim gebaut sehen.

Stadtv. Flücht (Soz.) begründete darauf folgende

Anträge der sozialdemokratischen Fraktion zum Arbeitsbeschaffungsprogramm:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms nachfolgende Arbeiten sofort in Angriff zu nehmen und die nachfolgenden Richtlinien durchzuführen:

A. Aus Mitteln der Anleihe.

1. Für die gesamten bei der Stadtgemeinde Halle vorhandenen Kraftwagen und sonstigen Kraftfahrzeuge wird eine Autoreparaturwerkstatt unter fachmännischer Leitung eingerichtet. Sie kann dem städtischen Fuhrpark angegliedert werden.

2. Der Bau eines Arbeitsnachweisgebäudes mit angeschlossenem Berufsberatungsamte wird sofort in Angriff genommen.

3. Der Bau einer Markthalle wird sofort begonnen.

4. Der Bau eines nach modernen pädagogischen Grundsätzen hergerichteten Landschulheimes für die hallischen Volksschulen wird sofort durchgeführt.

5. Für die städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten werden im Laufe dieses Baujahres 100 Wohnungen hergestellt, und zwar 30 im Süden der Stadt hinter der Artilleriekaserne, 30 im Norden der Stadt in der Nähe des neuen Elektrizitätswerkes und 40 im Osten der Stadt in der Nähe des Depots III der Straßenbahn.

6. Sofortige Schaffung einer Ringbahnlinie der Straßenbahn über Beesener Straße, Artilleriestraße, Merseburger Straße.

7. Der Ausbau und die Befestigung der verlängerten Boelckestraße in der Richtung Oppin—Tornau bis zum Anschluß an die Provinz- bzw. Kreislandstraße.

B. Aus Etatmitteln.

1. Bei der städtischen Straßenreinigung wird das Zweischichtsystem eingeführt, und zwar mit der Maßgabe, daß durch die zweite Schicht in den verkehrsreichsten Straßen und Plätzen die Nachtarbeit durchgeführt werden kann.

2. Beim Stadtbad wird ebenfalls ein Zweischichtsystem eingeführt, um das Stadtbad von morgens 8 Uhr bis abends 11 Uhr geöffnet halten zu können.

3. Die Gebühren für Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung werden durch städtische Arbeitnehmer bei den Konsumenten abgeholt. Zur Durchführung werden bei Bureau XII Gebühreinnehmer eingestellt.

4. Sofortiger Ausbau und Automobilisierung des städtischen Fuhrparks unter Beachtung einer Zentralisierung aller städtischen Fahrzeuge und Geschirre.

C. Ohne besondere Mittel.

1. In allen städtischen Betrieben und Verwaltungen wird mit Wirkung ab 1. Oktober 1926 der achtstündige Normalarbeitstag eingeführt, so wie das der § 3 des RMT. für die Gemeindearbeiter und Straßenbahner vorsieht.

2. In allen städtischen Betrieben und Verwaltungen werden in Zukunft nur Ueberstunden im Rahmen der Arbeitszeitverordnung vom 22. Dezember 1923 geleistet.

3. Die Arbeiter und Angestellten aller städtischen Dienststellen werden nur durch das städtische Arbeitsamt eingestellt.

Genosse Flücht führte aus: Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die sozialdemokratische Fraktion als die Vertreterin der hallischen Arbeitnehmerschaft allen Aufnahmen von Geldern die Zustimmung gibt, die dazu verwendet werden sollen, neue Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten für einen größeren Teil der hallischen Bewohnerschaft zu schaffen, der gegen seinen Willen und der kapitalistischen Wirtschaftsweise zufolge seit Jahren dem Arbeitsprozeß entzogen ist. Wir hoffen aber, daß der Magistrat nicht mit dem Dilettantismus, wie man ihn früher sehr oft hat feststellen können, an die Arbeitsbeschaffung herangeht. Der Stand der Erwerbslosigkeit wird bis zum Beginn der vorgesehenen Arbeiten um ein Beträchtliches zunehmen durch die landwirtschaftlichen und Saisonarbeiter. Der Wirtschaftsaufschwung, selbst wenn er fühlbarer einsetzt als bisher, wird nicht in der Lage sein, die Millionen der Arbeitslosen in Deutschland wieder einzugliedern in das Heer der Arbeitnehmerschaft. Für die Gemeinden erwächst deshalb die sittliche Pflicht, mit allen erdenklichen Mitteln diese großen Schäden jedes Gemeinschaftslebens zu beheben. Es ist noch ganz besonders zu beachten, daß eine monate- oder gar jahrelange Entfremdung von geordneter Arbeit für den Arbeitnehmer nicht nur eine Beeinträchtigung seiner Arbeits- und Berufsfreudigkeit, sondern auch seiner Arbeitsleistung bedeutet. Die unzureichende Ernährung verursacht große Schäden physischer und psychischer Art. Und wenn wir nicht wollen, daß in diesem Zusammenhang von einer Demoralisation des Volkes gesprochen werden soll, dann haben wir alle Ursache, anders als bisher einzugreifen. Wir stimmen aus allen diesen Gründen den einzelnen Positionen, die der Magistrat in seinem Anleiheprogramm vorschlägt, zu, bitten aber, daß bei der Ausführung besonders der Tiefbauarbeiten das Zusammenarbeiten der einzelnen Verwaltungen gewährleistet wird, damit sich nicht Dinge ereignen wie beim Bau der Artilleriestraße.

Zu einzelnen Positionen unseres Antrags haben wir folgendes zu bemerken: Wir hätten erwartet, daß der Magistrat aus sich heraus den

Bau eines Arbeitsnachweisgebäudes

als ersten und wichtigsten Punkt auf sein Programm gesetzt hätte. **Denn die Zustände, wie sie augenblicklich in Halle herrschen, sind unhaltbar.** Wenn es bisher wegen der Unzulänglichkeit der Arbeitsnachweisgebäude zu keinen Tumulten gekommen ist, so ist das allein der Disziplin der gewerkschaftlich geschulten Arbeiterschaft zu verdanken. **Doch so, wie es heute geht, kann es nicht fortdauern.** Dabei ist der Bau eines Arbeitsnachweisgebäudes für die Stadt so billig, wie er nur sein kann, da Reich und Preußen je ein Drittel zu den Kosten beisteuern. Dazu kommt, daß das Geld der Gemeinde in dem Nachweisgebäude sehr gut verzinslich angelegt sein wird, da aus Mitteln der Erwerbslosenversicherung Miete gezahlt werden wird. Wir erwarten also, daß man den Bau eines Arbeitsnachweisgebäudes in erster Linie in Angriff nimmt. Wir müßten längst eine Markthalle haben. Wir verhindern mit diesem Bau die Abwanderung der Händler nach Leipzig. Auch aus hygienischen Gründen ist der Bau notwendig. Im Interesse der Kinder der Arbeitslosen müssen wir auch den Bau eines Landschulheims fordern. Eine Stätte zur Pflege des Gemeinschaftsgeistes soll dieses Heim werden neben einer Bewahranstalt für gesundheitlich gefährdete Kinder.

Der Bau von Wohnungen für Arbeiter, Angestellte und Beamte der Stadt Halle

ist eine moralische Verpflichtung der Gemeinde. Was der Magistrat von anderen Stellen fordert, müßte für ihn in erster Linie Richtschnur des Handelns sein. Da die Siedlung Artilleriekaserne heute schon von 3500 Personen bewohnt wird, ist die Schaffung einer Straßenbahnverbindung unerläßlich. Es muß bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen werden, daß eine Herabminderung der Arbeitslosigkeit auch aus Etatmitteln möglich ist. Wir haben die entsprechenden Anträge gestellt. Durch Einführung des Zweischichtsystems bei der städtischen Straßenreinigung können sofort 80 Arbeiter neu eingestellt werden. Im Stadtbad kann auf gleiche Weise 10 Arbeitern Brot geschafft werden. Der gewichtigste Punkt zur Verringerung der Arbeitslosigkeit ist jedoch die

Wiedereinführung des Achtstundentages.

Wenn wir uns daran erinnern, daß in der Konferenz der Betriebsräte der Bürgermeister Seydel auf unsere Frage nach den Gründen der Einführung des Neunstundentages nichts anderes zu erwidern wußte als: „Das Wirtschaftliche soll uns dabei gleichgültig sein, wir wollen das ganz einfach", dann ist das ein erneuter Beweis für die autokratische Bureaukratie, die im Magistrat herrscht. Selbst die Direktoren der städtischen Werke mußten unter dem Druck der Tatsachen bekennen, daß der neunstündige Arbeitstag nichts weiter als eine unnötige Belastung des Etats darstellt. Trotzdem hält der Magistrat am Neunstundentag fest, obwohl durch seine Beseitigung etwa 170 Arbeiter neu eingestellt werden könnten. Der Magistrat in seiner autokratischen Art setzt sich auch, großzügig wie er ist, über gesetzliche Bestimmungen glatt hinweg. In städtischen Betrieben wird, entgegen dem Gesetz, 12, 14, ja 16 Stunden gearbeitet. Es sind, wie wir wissen, bisweilen 54 planmäßige und 58 Ueberstunden geleistet worden. Wo ist bei solchen Zuständen das Arbeiterdezernat, das den Gesetzesparagraphen Geltung verschafft? Ist es nicht — gelinde gesagt — ein unhaltbarer Zustand, wenn, wie das am Sonnabend geschehen ist, vom Städtischen Tiefbauamt Entlassungen wegen Arbeitsmangels vorgenommen werden und dabei die verbleibenden Arbeiter gleichzeitig unzählige Ueberstunden machen müssen?

Wir beantragen, daß ab 1. Oktober in allen städtischen Betrieben und Verwaltungen der Achtstundentag eingeführt wird und Ueberstunden nur im Rahmen der Verordnung vom 22. Dezember 1923 geleistet werden.

Es klingt unglaublich und ist doch wahr, daß derselbe Magistrat, der im Arbeitsamt dafür eintritt, daß die Unternehmer ihre Arbeitskräfte nur durch das Arbeitsamt einstellen, immer noch Leute über das Arbeitsamt hinweg einstellt. Hier ist ebenfalls ein Versagen des Arbeiterdezernats festzustellen. Es muß unbedingt verlangt werden, daß hier durch den Magistrat die schärfste Kontrolle stattfindet. Zusammenfassend darf gesagt werden: Beabsichtigt der Magistrat mit den Mitteln der Anleihe in erster Linie die Erwerbslosigkeit zu mildern, so wird die sozialdemokratische Fraktion den Magistrat gern unterstützen. Wenn es dem Magistrat Ernst ist mit dieser Absicht, dann müssen die Anträge der SPD. angenommen werden. (Bravo, auch von der Tribüne.)

Stadtrat Velthuysen: Wir zählten in Halle **am 15. Februar 1926 5166 unterstützte Erwerbslose, gegenüber 4064 am 18. September 1926;** darunter befanden sich im Februar 123, im **September 349 Notstandsarbeiter. Arbeitsu**[redacted]de sind erheblich mehr vorhanden: Es waren **im Februar 6722 und sind heute 6049.** Besonders ungünstig ist die Arbeitsmarktlage für männliche und weibliche Angestellte, Metallarbeiter, Holzarbeiter und ungelernte Arbeiterinnen. Dennoch stehen wir im Vergleich mit anderen Großstädten immer noch relativ günstig da. Was die weitere Verminderung der Zahl der Erwerbslosen anbelangt, so sind hierfür die Aussichten günstig. Im Hoch- und Tiefbauamt sind weitere Neueinstellungen erfolgt. Bei den Arbeiten, die in städtischer Regie durchgeführt werden, sind seit Januar 1926 im ganzen 926 Arbeiter eingestellt worden. Auf dem Bahnhof Halle sollen umfangreiche Gleisarbeiten durchgeführt werden. Der Voranschlag der Reichsbahn sieht dafür 1½ Millionen Reichsmark vor. Auch die Oberpostdirektion wird im Oktober an posteigenen Gebäuden mit umfangreichen Arbeiten beginnen. An Notstandsarbeiten sind 127 000 Tagewerk mit einem Kostenaufwand von 2,9 Millionen Reichsmark beantragt. **Die Verhältnisse im Städtischen Arbeitsnachweis sind, wie der Herr Stadtverordnete Flücht ganz richtig ausführte, sehr unerfreulich. An vier verschiedenen Stellen finden sich die Arbeitsuchenden in engsten Räumen ein. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Wir müssen ein Arbeitsnachweisgebäude bauen.**

Stadtrat Finger, der Dezernent für Personalangelegenheiten des Magistrats, betonte, daß für die Leistung von Ueberschichten und Einstellung von Arbeitern genaue Richtlinien vorhanden seien. Wenn diese Richtlinien nicht befolgt würden, dann würde er das auf das lebhafteste bedauern. Die große wirtschaftspolitische Rede des Stadtverordneten Flücht, die eine Fülle großer Probleme anschneidet, würde beim Magistrat zweifellos die ernsteste Beachtung finden. — Stadtv. Kilian (Komm.) stellte die auch in der kommunistischen Presse tagtäglich wiederholte Behauptung auf, daß die Arbeitsbeschaffungsanleihe nur das Ergebnis der fortgesetzten kommunistischen Anträge sei. Nur mit Mühe konnte er seinen Aerger darüber unterdrücken, daß die sozialdemokratische Fraktion durch positive und eingehend begründete Anträge das Arbeitsbeschaffungsprogramm zu erweitern und zu verbessern sucht, während die Kommunisten sich in der Hauptsache in hochtönenden Reden ergingen. Um die ausgezeichneten Darlegungen des sozialdemokratischen Fraktionsredners zu entkräften, brachte er die alte Unwahrheit von der Mithilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bei der Beseitigung des Achtstundentags wieder vor. — Stadtv. Lehmann (Ordnungsblock) hielt die Ausführungen Flüchts und einen großen Teil der von ihm begründeten Anträge für beachtenswert, doch müsse man erst die Anleihe haben, ehe man in Einzelheiten steige. Die Anleihe sollte man in zwei oder drei Abschnitten herausbringen. — Bürgermeister Seydel entgegnete ihm, man solle sich keine Sorgen um die Unterbringung der Anleihe machen. — Stadtv. Michel rannte gegen die in den sozialdemokratischen Anträgen geforderte eigene Regie an mit der Behauptung, sie habe Fiasko gemacht.

Die weitere Debatte ging sehr ins breite und es kam dabei auch zu einer kleinen Kontraverse zwischen dem Genossen Müller und dem Blockdemokraten Minner, als unser Redner die Zustände in der Siedlung Halle-Südost kritisierte. Weiter wandte er sich gegen die Ausführungen des Stadtv. Kilian, um zu beweisen, wie haltlos die gegen unsere Fraktion erhobenen Vorwürfe und die Stellungnahme der Kommunisten sei. Er mußte sich aber bald davon überzeugen, daß Leute wie Kilian vernünftigen Erwägungen absolut unzugänglich und unbelehrbar sind. Nachdem der Finanzdezernent noch einmal die Versicherung abgegeben hatte, daß es sich bei der Bewilligung der Anleihe nur um diejenigen Arbeiten handelt, die sofort in Angriff genommen werden sollten, wurde zur

Abstimmung

geschritten. Der kommunistische Antrag, die für den Bau des Lyzeums II vorgesehenen 750 000 Mark zu streichen, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Völkischen wurde **die 750 000 Mark betragende erste Rate für den Bau einer Stadthalle gestrichen, ebenso die zur Aufschließung des Geländes auf Lehmanns**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260921-13/fragment/page=0005
DFG

Felsen vorgesehenen 250 000 Mark. Die so gewonnene 1 Million soll **zur Verstärkung des Wohnungsbaues und Aufschließung neuen Siedlungsgeländes verwendet werden.** Im Arbeitsbeschaffungsprogramm waren für diese Zwecke, wie erinnerlich, nur 1½ Millionen vorgesehen. Jetzt also 2½ Millionen. Der kommunistische **Antrag auf Erbauung eines städtischen Krankenhauses** wurde, wiederum mit den Stimmen der beiden Linksfraktionen und der Völkischen und einiger Mitglieder des Ordnungsblocks ebenfalls angenommen, der Antrag auf **Errichtung eines Jugendheims** mit 25 bürgerlichen gegen 23 Stimmen der Linken abgelehnt.

Der Vorsteher erklärte nunmehr, daß damit das eben beschlossene Anleiheprogramm in Höhe von zehn Millionen Mark um den Betrag von 1,1 Millionen Mark überschritten ist. Es kam wegen dieser Feststellung zu einer ausgiebigen und teilweise recht hitzigen und bissigen Geschäftsordnungsdebatte. Trotz stundenlangen Redens konnte keine Einigung erzielt werden, und der Vorsteher schloß um 8 Uhr die Sitzung mit dem Hinweis darauf, daß die übrigen Punkte der Tagesordnung, darunter auch die Ermächtigung zu weiteren Stadtbankkrediten am kommenden Montag erledigt werden sollen. Ein Antrag, diese zweifellos dringliche Angelegenheit sofort oder in einer außerordentlichen Sitzung am Mittwoch zu erledigen, fand nicht die Mehrheit der Versammlung.

Parteinachrichten.

Mitgliederversammlung.

Am Donnerstag, dem 23. September, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark" eine Mitgliederversammlung statt.

Tagesordnung: **Der Stadtbankskandal.**

Das Erscheinen aller Parteigenossinnen und -genossen in dieser **wichtigen** Versamlung ist Pflicht. **Der Vorstand.**

*

Die Mitglieder des Bildungsausschusses der SPD. werden gebeten, sich Donnerstagabend 7.30 Uhr pünktlich im „Volkspark" einzufinden.

Sozialdemokratische Metallarbeiter.

Die heute abend 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus" stattfindende **Fraktionssitzung** ist von außerordentlicher **Bedeutung**; **deshalb** ist **vollzähliges** Erscheinen notwendig. **Der Fraktionsvorstand.**

Keine Typhusgefahr in Halle.

Normale Krankenzahlen. — Das Wasserwerk in Beesen in bestem Zustande. — Tägliche Untersuchungen.

Ueber die Typhusfrage wird uns vom Stadtgesundheitsamt geschrieben: Obwohl in Halle glücklicherweise bisher **nur 4 Typhuserkrankungen im Monat September festgestellt** sind **und neue** Erkrankungen in den letzten Tagen nicht beobachtet **wurden**, so erfordert doch das Auftreten mehr oder weniger großer Typhusepidemien in verschiedenen Städten Deutschlands größte Aufmerksamkeit, um gleichartige Vorkommnisse in Halle mit Sicherheit zu vermeiden.

Seitens der städtischen und staatlichen Gesundheitsbehörden erfolgen in einem gegenüber normalen Zeiten weit verstärktem Umfange alle Maßregeln der Verhütung und Abwehr. Soweit Trinkwasser als Ursache in Betracht kommen kann, ist bei den günstigen Wasserversorgungsverhältnissen Halles aus einem einwandfreien Grundwasser mit sicherer Verhütung einer Wasserinfektion zu rechnen, zumal das Wasser täglich im Stadtgesundheitsamt untersucht wird und kein Zuwachs an Keimzahl deshalb verborgen bleiben kann. Am 18. September hat sich — abgesehen von den laufenden regelmäßigen Untersuchungen der Wasserbeschaffenheit und der sofort durchgeführten Untersuchungen des im Wasserwerk tätigen Personals — eine Kommission, bestehend aus Vertretern des Stadtgesundheitsamtes, Nahrungsmitteluntersuchungsamtes, des Hygienischen Instituts sowie dem Herrn Kreisarzt, erneut von dem nach jeder Richtung hin einwandfrei und Sicherheit versprechenden Betrieb der hallischen Wasserwerke überzeugt.

Auch die chemische wie bakteriologische Untersuchung der nach Halle eingeführten Milch erfolgt zurzeit laufend in größerem Umfange, als es an sich schon regelmäßig geschieht. Im Gegensatz zu den Verhältnissen bei der zentral erfolgenden und daher auch zentral mit Sicherheit zu überwachenden Wasserleitung ist jedoch ein absoluter Schutz für die nach Halle eingeführte Milch nicht durchführbar, da selbst etwaige positive Bazillenbefunde doch nur nachträglich eine bereits eingetretene Infektionsgefahr feststellen könnten. So wichtig daher solche Untersuchungen für die Feststellung von Aussichten einer etwa eingeschleppten Infektion und damit für die Verhinderung weiterer Ausdehnung sind, so ist doch ein absoluter Schutz vor Erkrankungen nur in den Haushaltungen selbst möglich, und zwar dadurch, daß nur Milch verwandt wird, für deren Keimfreiheit sichere Gewähr besteht. Solche Gewähr besteht ohne Vorbehandlung im Haushalt lediglich bei solcher Milch, die nicht nur pasteurisiert und daher einmalig keimfrei gemacht worden ist, sondern die unmittelbar danach in der Molkerei in Fläschchen gefüllt und daher auch vor nachträglichen Infektionen geschützt worden ist. Wer daher ungekochte Milch trinken will, möge sich auf die in trinkfertigen Fläschchen vorbereitete Form beschränken, während es für die allgemein im Haushalt verwandte übrige Milch in Zeiten einer Typhusgefahr als unbedingte Regel gelten muß, die Milch vor dem Genuß abzukochen. Daneben sei als selbstverständliche Vorsichtsmaßregel, die zu allen Zeiten geltende Vorschrift als jetzt besonders wichtig hervorgehoben, rohes Obst vor dem Genuß abzuwaschen.

Nur durch diesen Selbstschutz der Bevölkerung können die behördlicherseits durchzuführenden Schutzmaßnahmen ergänzt und nach jeder Hinsicht erfolgverheißend gemacht werden.

Vom Kreisarzt, Medizinalrat Hillenberg, ging uns zu der Frage heute gleichfalls eine Zuschrift zu, deren Inhalt sich im wesentlichen mit den obigen Ausführungen deckt. Auch vom Kreisarzt wird ausdrücklich festgestellt, daß die Zahl der Typhuserkrankungen in Halle nicht diejenige übersteigt, wie sie fast alljährlich in der jetzigen Zeit beobachtet wird. Es sind **seit Anfang April 9 Typhusfälle und 11 Paratyphusfälle zur amtlichen Anzeige gelangt.** Es sei hierzu bemerkt, daß der Paratyphus hauptsächlich durch Nahrungsmittel verbreitet wird, unter ähnlichen, meist etwas milderen Erscheinungen wie der Typhus verläuft und durch einen ähnlichen Krankheitserreger erzeugt wird wie der echte Typhus. Werden die hygienischen Forderungen befolgt, dann ist man unter gewöhnlichen Verhältnissen vor Erkrankung an Typhus geschützt.

„Weißbiersalon" früher und heute.

Vor einem Kreise geladener Gäste erfolgte gestern mittag die Einweihung des von der Engelhardt-Brauerei zu einer modernen Gaststätte umgewandelten ehemaligen „Weißbiersalons". Nicht die bei solchen Gelegenheiten üblichen Reden sind es, die uns bewegen, dieses lokalen Ereignisses in unseren Spalten zu gedenken, sondern die Tatsache, daß mit dem jetzigen „Bierhaus Engelhardt" nicht uninteressante geschichtliche Erinnerungen verknüpft sind. Die Gaststätte „Weißbiersalon" wurde vor mehr als einem halben Jahrhundert, nämlich am 24. September 1868, eingeweiht, als eine „in allen Beziehungen comfortable eingerichtete Restauration". Der Berliner „Weißbiersalon" hatte seinen Namen daher, weil das Lokal von einer Berliner Weißbierbrauerei gegründet worden war. Das für die damaligen Verhältnisse höchst modern eingerichtete Lokal mit seinem schönen Kaffeegarten sollte die vornehme Gesellschaft des Mühlwegviertels in seine Räume ziehen. Außer Weißbier wurde auch Lagerbier vom Faß verschänkt, welches aus der Kelbraer Braustätte bezogen wurde. Auch Studentenvereinigungen hielten dort ihre Zusammenkünfte ab. Später ging die Restauration in den Besitz der Rauchfuß-Brauereien über. Als vor sieben Jahren die Rauchfuß-Brauereien mit der ehemaligen Hallischen Aktienbrauerei, der jetzigen Engelhardt-Brauerei, verschmolzen wurden, da wurde auch mit den anderen Wirtschaften der „Berliner Weißbiersalon" übernommen. Nunmehr entschloß man man sich, aus dieser alten Gaststätte ein Lokal zu schaffen, das allen Anforderungen neuzeitlicher gastronomischer Kultur aufs beste entsprach, ein Restaurant, das wiederum dem Publikum des großen Nordviertels eine willkommene Stätte der Erholung und Erfrischung werden sollte. Der Architekt Steinkopff entwarf das Projekt, das einen vollständigen Umbau des früheren Gebäudes vorsah. Mit der Ausführung der Arbeiten wurden ausschließlich in Halle ansässige Gewerbetreibende und Handwerker betraut. Das neuerstandene „Bierhaus Engelhardt" ist in allen technischen Einzelheiten, die der Betrieb erfordert, der Neuzeit angepaßt. Es bietet mit seiner Terrasse bequem etwa 500 Besuchern Aufenthalt, während der Festsaal 200 Personen faßt. Die Küchenanlage ist mit den neuesten Einrichtungen, wie Eismaschine usw., ausgestattet, und garantiert bei ihrer zweckmäßigen Anordnung einen reibungslosen Betrieb. Das Aeußere des Hauses fügt sich harmonisch in das Straßenbild ein. Hoffen wir, daß das neue, sehenswürdige Lokal eine Stätte wird, die von allen Bevölkerungsschichten gern besucht wird.

Unsere Alten im Volkspark. Im großen Saale des Volksparks veranstaltete am Sonnabend der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands einen großen Bunten Abend. Das Programm, welches mit großem Beifall aufgenommen wurde, war **ein sehr reichhaltiges.** Die starken **Beifallsstürme** legten davon Kenntnis ab, daß die Veranstaltung eine wohlgelungene war und den Alten ein nie zu vergessender froher Abend bereitet wurde. Auf die am 10. Oktober, vormittags 9 Uhr, im Volkspark stattfindende Mitgliederversammlung sei hingewiesen.

Zeugen gesucht. Diejenigen Personen, welche den Ueberfall auf einen Reichsbannerkameraden am Abend des 18. Juni 1926 in der Lange Straße mit angesehen haben, werden gebeten, ihren Namen und ihre Adresse bei A. Lehmann, Lerchenfeldstraße 2 I, abzugeben.

Gebt auf die Kinder Acht! Gestern lief in der Pfännerhöhe ein vierjähriger Knabe gegen einen in Fahrt befindlichen Personenkraftwagen, wobei das Kind zu Boden geworfen wurde und eine leichte Verletzung am Kopfe davontrug. Es wurde mit dem Kraftwagen der Klinik zugeführt.

Hartnäckiger Selbstmörder. Gestern versuchte ein 34jähriger Mann in selbstmörderischer Absicht von der Schwarzen Brücke in der Herrenstraße in die Saale zu springen. Er wurde von Passanten an der Ausführung seines Vorhabens gehindert und, da er sich weiter mit Selbstmordabsichten trug, von einem Polizeibeamten in Schutzhaft genommen.

Nächtlicher Zweikampf der Amazonen. Nachdem wir erst vor kurzem über zwei „Amazonen" berichteten, meldet der Polizeibericht schon wieder einen feminine Keilerei. Nach Goethe läßt sich mit Worten trefflich streiten. Darum sind auch Worte die gebräuchlichsten Waffen des weiblichen Geschlechts seit je gewesen. In unserem sportwütigen Zeitalter genügt aber der Zungenkampf selbst dem „schwachen" Geschlecht nicht mehr: man greift zur Faust. Nachts, um die Geisterstunde, wurde gestern in der Alten Promenade wieder ein Match zwischen zwei Boxerinnen (Amateusen versteht sich!) ausgefochten. Es kam durch das unverständliche Eingreifen der Polizei nicht zum knock out. Ein Nasenstüber war alles, was an sportlicher Leistung zu verzeichnen war. Die paar Haare, die sonst noch ihren Standort verlassen mußten, werden bekanntlich im Vorreglement nicht bewertet. Die Polizei ist augenblicklich damit beschäftigt, die Punktsiegerin des Zweikampfs festzustellen.

Büschdorf. Notzucht. Am 18. September, nachmittags 6½ Uhr, wurde in einem Strohdiemen auf Flur Büschdorf, in der Nähe der Otto-Stomp-Straße eine 25jährige Dienstmagd bewußtlos aufgefunden. Sie war völlig entkleidet, ihre Sachen lagen in der Nähe umher und ihre Hände und Füße waren mit je einem ihrer Strümpfe zusammengebunden. Der zuständige Landjäger veranlaßte ihre Ueberführung nach der medizinischen Klinik. Dort erholte sie sich alsbald und machte folgende Angaben: Sie sei stellungslos und habe sich am 17. September abends 8½ Uhr von der Straßenbahn an Boochs Fabrik in Büschdorf nach Diemitz begeben wollen. Auf dem Wege seien zwei junge, anständig gekleidete Männer an sie herangetreten und hätten sie begleiten wollen. Einer habe sie auch umgefaßt und von da an könne sie sich auf nichts mehr besinnen. Verletzungen hat das Mädchen nicht davongetragen, es dürfte aber ein Notzuchtsverbrechen vorliegen. Die beiden Männer beschreibt das Mädchen wie folgt: Beide seien Mitte der 20er Jahre, von mittlerer Größe und mit dunklen Anzügen bekleidet gewesen.

Aus der Provinz.

Das Tier im Menschen.

Immer wieder einmal bricht das Tier im Menschen hervor. Ein Mann kann jahrzehntelang nach den herrschenden Moralbegriffen ein guter Bürger gewesen sein. Auf einmal gehört er zu den Parias, zu den Ausgestoßenen der Gesellschaft. Nach dem Grunde, der ihn sein Menschsein so weit vergessen ließ, wird meist nicht gefragt. Mitleidlos wird er verdammt. Ein Beispiel dafür bietet ein Fall, der sich in den letzten Tagen in Zscherndorf ereignete. Ein alter Arbeiter wurde verhaftet unter dem Verdacht, mit seiner eigenen Tochter geschlechtlich verkehrt zu haben. Aber damit nicht genug, gab er bei seiner Vernehmung an, daß sein Sohn ebenso Umgang mit seiner Mutter gehabt habe.

Beide, Vater und Sohn, gehören gemeinsam einer Arbeiterorganisation an. Das war ein gefundenes Fressen für die reaktionäre Presse. Sie folgerte: Der Mann ist schlecht, also besteht die ganze Organisation aus Verbrechern. An dieser bürgerlichen Logik fehlt noch ein wichtiger Schluß. Wer hat die großen Republikaner umgebracht? Wer mordete Gareis, Erzberger, Rathenau und indirekt auch Ebert? Es waren Angehörige der sogenannten „vaterländischen" Verbände und Parteien. Haben wir jemals darum behauptet, all diese Parteien und Verbände wären aus Lumpen und Schurken zusammengesetzt?

In der menschlichen Seele schlummern, bei vielen, vielen unbewußt, wilde, tierische Triebe, die gerade im dumpfen, stumpfen Dahinvegetieren des Arbeiters immer neue Nahrung erhalten. Nicht als Richter, als Mensch müssen wir den Fall betrachten. Dann aber kann es nur eins geben: Frische Luft in das Proletarierleben! Aufklärung und ein Streben nach Höherentwicklung! Das Tier im Menschen wird getötet, wenn der Geist geweckt und geschult wird. —

Artern. Arbeitergesang. Das am Sonnabend, **dem 18. September, vom** hiesigen und dem benachbarten Ringlebener Arbeitergesangverein zum zweiten Male veranstaltete Gesangskonzert mit Instrumentalbegleitung der Stadtkapelle hatte wieder einen guten Besuch zu verzeichnen. Vielleicht wäre der Besuch noch besser gewesen, wenn nicht der Arbeiterturnverein am selben Abend seine, doch gewiß aufschiebbare Mitgliederversammlung abgehalten hätte. Vielleicht läßt sich durch Gründung eines Kulturkartells erreichen, daß zukünftig derartige Kollisionen vermieden werden und somit jedem Gelegenheit gegeben wird, sich einen wirklichen Kunstgenuß, wie er zweifellos hier geboten wurde, verschaffen zu können.

Kelbra. Aus dem Stadtparlament. Zu Beginn der Stadtverordnetensitzung teilte der Stadtverordnetenvorsteher Fröhlich mit, daß inzwischen die Bestätigung des Bürgermeisters Gath durch die staatliche Aufsichtsbehörde erfolgt ist. Die auf der städtischen Gebreite neu angelegte Straße A wird Auestraße genannt. Die Lieferung und Anfuhr sowie das Setzen von 150 Metern laufenden Bordsteinen aus dem städtischen Steinbruch im Volvertal wird im Wege des Mindestgebots vergeben. Jedoch kommen nur hiesige Unternehmer in Betracht. Es handelt sich um die Trottoirisierung der Gartenstraße. Ferner wurde einer baulichen Reparatur in der Wohnung der Gemeindeschwester zugestimmt. Eine Anfrage des Stadtv. Gerlach (KPD.), ob nichts Positives über das Verschwinden der Kyffhäuser-Kleinbahn-Aktien, welche der Stadt Kelbra gehörten, herausgekommen sei, wird dahin beantwortet, daß die Untersuchung dieses Falles ergebnislos verlaufen und eingestellt sei. Eine weitere Anfrage, ob es richtig sei, daß die festgesetzten Gewerbesteuern nicht genehmigt seien, wurde vom Magistrat als wahr bezeichnet. Auch war diese Stadtverordnetensitzung reich an unerfreulichen Zwischenfällen. Mehrere Zuhörer mußten, weil sie Zwischenrufe machten, auf Aufforderung des Stadtverordnetenvorstehers die Sitzung verlassen.

Postabonnenten!

Die Leser, die unser Blatt durch die Post beziehen, werden ersucht, die

Bestellung für den Monat Oktober sofort zu machen,

da die Post nach dem 25. September einen Aufschlag auf die Bestellgebühr erhebt. **Der Verlag.**

Kelbra. Gemeiner Racheakt. Eine ganz gemeine Tat, welche tief in die geistige Verfassung mancher Menschen blicken läßt, wurde bei dem Musiker Wagner verübt. In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag drangen eine oder mehrere Personen in dessen Gehöft ein und verübten an einer Ziege und einer wertvollen Zuchtgans eine bestialische Tat, die wir hier nicht wiedergeben wollen. Am anderen Morgen mußten die beiden Tiere infolge der beigebrachten schweren Verletzungen geschlachtet werden. Leider sind wieder, wie es schon so oft in Kelbra der Fall war, diese Schandbuben unerkannt entkommen.

Kelbra. Völkischer Bankrott. Vor dem Volksentscheid hatte hier in Kelbra bekanntlich eine Versammlung der Hakenkreuzler stattgefunden, in der der Nationalsozialist Ernst aus Halle begeisterte Töne von sich gab. Dies ist noch nicht lange her. Am Donnerstag hielten sie wieder eine Versammlung ab; erschienen waren ganze 12 Personen. In der Diskussion teilte Genosse Rößler den Anwesenden mit, daß der noch vor kurzer Zeit so gefeierte Redner Ernst nichts anderes war als ein großer Betrüger, vor dem selbst Hitler warnt. Referent und Versammlungsleiter erwiderten darauf, daß Ernst ein großer Schuft, Lump, Betrüger usw. sei, der leider ihr Vertrauen getäuscht habe. Das sagen sie heute, und wie haben die guten Leute Bravo gebrüllt, als er damals über die Korruption der Novemberverbrecher schimpfte.

Roßla. Spinale Kinderlähmung. Auch in unserem Orte sind bisher zwei Fälle dieser gefährlichen Kinderkrankheit zu verzeichnen.

Delitzsch. Ausstellung „Gesundes Jugendleben". Auf Veranlassung des städtischen Fürsorgeamtes fand am Freitag unter dem Vorsitz des 2. Bürgermeisters Dr. Baumgardt eine Besprechung wegen der vom Fürsorgeamt geplanten Jugendausstellung statt. Zu der Besprechung waren die einzelnen Organisationen, sowie die Herren Schulleiter, die Presse und weitere Vertreter von Kreisen geladen, welche sich mit Jugendwohlfahrt befassen. Die Besprechung hinterließ einmütig den Eindruck, daß man allgemein die Veranstaltung der geplanten Ausstellung begrüßt, und es zeigt sich erfreulicherweise in der Oeffentlichkeit für sie bereits jetzt viel Interesse. Aller Voraussicht nach wird die Ausstellung „Gesundes Jugendleben" ab kommenden Freitag, den 24. September, bis Montag, den 27. September, in Delitzsch gezeigt werden, und zwar in der Turnhalle der Mädchenvolksschule, Chausseestraße. Der Besuch der Ausstellung wird kostenlos sein, damit jeder die Möglichkeit hat, sie zu besuchen und sich über das interessante dargebotene Material zu unterrichten. Die Schulen sollen geschlossen in die Ausstellung geführt werden und auch bei den Jugendorganisationen und Sportverbänden wird sich ein allgemeiner Besuch dringend empfehlen. Darüber hinaus sollte kein Erwachsener, welcher mit Kindererziehung irgendwie zu tun hat, es versäumen, sich die Ausstellung anzusehen.

Eilenburg. Eine öffentliche Kundgebung hatte hier der Ortsausschuß des ADGB. in der „Stadthalle" anläßlich des 25jährigen Bestehens des Internationalen Gewerkschaftsbundes veranstaltet. Genosse Künne-Halle hob in einstündigem Vortrage die Ziele der Gewerkschaftsbewegung hervor und forderte die Anwesenden auf, für restlose Organisierung des Fernstehenden zu sorgen und sie zu guten Kämpfern zu erziehen. Der Saal war schön geschmückt. Der Freie Sängerchor und die Brennesche Musikkapelle halfen den Abend mit verschönern.

Eilenburg. Seinen Verletzungen erlegen ist Montag nachmittag der vor einigen Tagen beim Abladen von Schienen am Bahnhof Kämmereiforst verunglückte 21 jährige Arbeiter Gustav Rohne.

Torgau. Auch ein Beitrag zur gewerkschaftlichen Werbewoche. Trotzdem auch Torgau eine nicht unbeträchtliche Zahl Gewerkschaftsmitglieder zu verzeichnen hat, die von Quartal zu Quartal im Steigen begriffen ist, besteht hier leider kein eigentliches Gewerkschaftsheim. Dafür stehen zumindest zwei Gewerkschaftslokale zur Verfügung. In dem einen hält das Gewerkschaftskartell seine Sitzungen ab, ebenso ein Teil der Gewerkschaften selbst, und zwar in der „Guten Quelle"; der übrige Teil der Gewerkschaften und Arbeitervereine tagt in der „Waldschenke". Beide Wirte sind politisch organisiert und bieten den Kollegen und Parteigenossen alles, was an Reellität, Sauberkeit und Gemütlichkeit zu wünschen ist. Die „Gute Quelle", deren Besitzer der seit 26 Jahren im Metallarbeiterverband organisierte Kollege Liesegang ist, wurde jetzt vollkommen umgebaut; die bisherigen Räume sind dadurch erheblich vergrößert worden. Es ist nichts weiter als solidarische Pflicht, wenn die organisierte Arbeiterschaft dort verkehrt, wo die Wirte ihren Bestrebungen freundlich gesinnt sind.

Mückenberg. Der Streit um die Hochwasserentschädigung. Hier fand am Freitagabend eine Versammlung der Hochwassergeschädigten statt. Dieselbe wurde von einem Gemeindevertreter geleitet, und ein auswärtiger Referent sprach über die Notwendigkeit der Organisation der Kleinbauern, die sich lossagen müßten von dem Großagrartum und dem Landbund und sich zur eigenen Organisation der Kleinpächter und Kleinbauern zusammenschließen müßten. In längeren Ausführungen sprach er über den Kampf der Hochwasserentschädigung. In der Diskussion wurde von Unregelmäßigkeiten bei der Verteilung der Hochwasserentschädigung in Mückenberg gesprochen. Paulick sprach davon, daß die Landjägerei verschiedene Vernehmungen vorgenommen hätte. Wenn er recht unterrichtet sei, sei nachträglich von der Kommission ein Name gestrichen worden und ein Mann hingesetzt worden, der nicht unter die gesetzlichen Bestimmungen der Hochwasserentschädigungen falle und dem auch niemand ein Bedürfnis anerkennen würde. Ihm seien dadurch 600 Mk. zugesprochen worden, die ursprünglich ein anderer Landwirt haben sollte. Er forderte die anwesenden Kommissionsmitglieder auf, Rede und Antwort zu stehen. Unser Genosse Dietrich (Falkenberg), der während der Diskussion zufällig erschienen war, klärte die Versammlung mit folgenden Worten auf: Seines Wissens sei es nicht ganz so, wie Paulick erzählte. Wohl stehe es fest, daß irgendeine Unregelmäßigkeit vorgekommen sein muß. Der Kreisausschuß habe Aufklärung beschlossen. Der Herr Landrat hat versprochen, die Angelegenheit zu untersuchen, was ja auch, wie die Ausführungen Paulicks gezeigt haben, durch die Landjägereibeamten erfolgt ist. Was dabei herausgekommen ist, wisse er noch nicht. Er könne nur sagen, daß in der letzten Kreisausschußsitzung die Gelder für die Hochwasserentschädigung auf Vorschlag der Kommissionen verteilt worden sind. Hierbei interessierte sich ein Kreisausschußmitglied für die Hochwasserentschädigten von Mückenberg. Dabei stellte das Mitglied fest, daß der Name des Gemeindevorstehers ebenfalls unter die Hochwassergeschädigten falle (laut Liste). Dieses Mitglied sprach seine Verwunderung darüber aus. Bei näherer Prüfung wurde festgestellt, daß der Name des Gemeindevorstehers ursprünglich nicht auf der Liste gestanden hätte, sondern ein anderer Name ausradiert und von einer anderen Schrift als der der übrigen Namen der Name des Gemeindevorstehers hineingeschrieben worden sei. Dietrich hat, wie schon oben gesagt, eine sofortige Untersuchung beantragt, die auch der Landrat sofort versprach. Da im Saal Mitglieder der Kommission anwesend waren, forderte Dietrich dieselben auf, hier vor aller Oeffentlichkeit zu erklären, ob auf der von der Kommission aufgestellten und unterschriebenen Liste der Gemeindevorsteher mit verzeichnet gewesen ist. Zwei anwesende Kommissionsmitglieder erklärten, daß auf der von ihnen aufgestellten Liste der Gemeindevorsteher nicht mit draufgewesen sei. Dieses hätten sie auch vor dem untersuchenden Beamten ausgesagt. Daß diese Mitteilung die Versammlung erregte, ist wohl selbstverständlich. Die weitere Untersuchung wird Klarheit erlangen. Wir fragen hiermit öffentlich: „Wie kommt der Name des Gemeindevorstehers in die Liste der Hochwasserentschädigungsberechtigten? Ist es wahr, daß der Gemeindevorsteher eigenmächtig einen von der Kommission auf die Liste Gesetzten ausradierte und an dessen Stelle seinen Namen setzte? Wenn dies wahr ist, so liegt Urkundenfälschung vor. Wie lange bleibt dann der Gemeindevorsteher noch im Dienst?"

Bockwitz. Konsumvereinsversammlung. Die außerordentliche Generalversammlung der „Konsum-Produktiv-Genossenschaft Volkshaus" am Sonntag nahm einen ruhigen Verlauf. Stahn wurde als Vorstandsmitglied bestätigt, während Alb. Mehner in den Aufsichtsrat gewählt wurde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260921-13/fragment/page=0006
DFG

Bockwitz. In einer gutbesuchten Mitgliederversammlung der hiesigen Ortsgruppe der „Deutschen Friedensgesellschaft" hielt Genosse Pastor Kötzschke (Prösen) einen interessanten Vortrag über die Eindrücke, die er auf seiner Reise in Elsaß-Lothringen erhalten hat. Die Diskussion war sehr rege. Es besteht die Absicht, in einigen Monaten einen ähnlichen Vortragsabend zu veranstalten.

Bockwitz. Mütterberatung. Am Mittwoch, 2 Uhr nachmittags, findet in der Schule eine Mütterberatungsstunde statt und um 4 Uhr in Raundorf, ebenfalls in der Schule.

Raundorf bei Lauchhammer. Aus der Partei. Unser Parteiverein hielt am Donnerstag eine gutbesuchte Versammlung ab, in der zunächst der Vorsitzende, Genosse Grober, ein kurzes Referat über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Bedeutung dieses Ereignisses hielt. Den Bericht der Gemeindevertretung erstattete Genosse Kürbis. In der sich anschließenden Aussprache wurde besonders zu der Verschönerung des Dorfplatzes Stellung genommen, die von allen Parteigenossen gebilligt wurde. Darüber hinaus wurden einige Anregungen zur weiteren Verschönerung des Ortes gegeben. Von der Unterbezirkskonferenz der Vorstände berichtete der Vorsitzende. Die dort für die große Werbewoche der Partei getroffenen Maßnahmen wurden im folgenden Punkte erörtert und ausführlich besprochen. Auch unser Parteiverein will alle Kräfte anstrengen, um auch hier am Orte vorwärts zu kommen. Desgleichen wurde der Verkauf der in den nächsten Tagen eintreffenden Kalender organisiert. Eine ganze Reihe von Parteigenossen stellten sich zu diesem Zwecke freiwillig zur Verfügung. Der für den 19. September geplante Ausflug wurde auf den 26. September verschoben. Alle Parteigenossen sammeln sich an diesem Tage mittags ³⁄₄1 Uhr bei Wesenigk, um gemeinsam nach Friedrichstal zu wandern und dort mit Kindern und Angehörigen einige frohe Stunden zu verleben. Für den kommenden Herbst und Winter sollen Frauenabende eingerichtet werden, um auch den Genossinnen Gelegenheit zu geben, in zwanglosen Zusammenkünften in Meinungsaustausch über Frauenangelegenheiten zu treten. Der erste dieser Abende ist auf Mittwoch, den 29. September, in der Wohnung des Vorsitzenden festgesetzt. Unter „Verschiedenes" wurde der vom Kassierer, Genosse Voigt, vorgelegte Kassenbericht zur Kenntnis genommen. Eine längere Aussprache rief die vom ehemaligen Lauchhammerschen Knappschaftsverein herausgegebene Aufforderung zum Austritt aus der Knappschaft hervor. Alle Redner betonten, daß die Knappschaftsmitglieder vor einem solchen Schritt gewarnt werden müßten, damit sie vor Schaden bewahrt würden. Damit hatte die gutverlaufene Versammlung ihr Ende erreicht.

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 21. September 1926.

Triebwagenverkehr auf der Strecke Halle—Merseburg—Rössen.

Die Reichsbahndirektion Halle hat dankenswerterweise Triebwagen in Dienst gestellt. Außer einer Verbesserung des Nachbarortsverkehrs Halle—Merseburg—Rössen ist eine bedeutende Erleichterung der Lage Merseburgs im Fernverkehr erreicht worden. Die Einführung des Triebwagenverkehrs zwischen Halle—Merseburg—Rössen bedeutet nicht nur die Besserung der Verkehrsverhältnisse zu bestimmten Stunden, sondern in ihr kann man den ersten Schritt zur Schaffung eines regelmäßigen Pendelverkehrs zwischen diesen Orten erblicken. Bei der amerikanischen Entwicklung, die der Gegend um Merseburg — namentlich im Süden — durch die Errichtung weiterer umfangreicher Industriebauten bevorsteht, ist damit zu rechnen, daß der Triebwagenverkehr auch auf die zu schaffende direkte Bahnverbindung nach Leipzig ausgedehnt werden und daß sich hieraus einmal eine Städte-Schnellbahn Halle—Merseburg—Rössen—Leipzig entwickeln wird.

Eine Wohnung im Düngerschuppen

wurde einer Landarbeiterfamilie in Kreischau (Kreis Weißenfels) vom dortigen Gutsvorsteher und Rittergutsbesitzer v. Lübbers als Notwohnung zugewiesen. Die Familie war über drei Jahre bei diesem menschenfreundlichen Agrarier beschäftigt und wurde, nachdem die Arbeit aufgegeben war, durch den Gerichtsvollzieher auf Veranlassung des genannten Gutsvorstehers an die frische Luft gesetzt. Irgendwelche menschlichen Gefühle gibt es bei diesen „Herrschaften" nicht.

Vielleicht kümmert sich der Landrat des Kreises Weißenfels einmal um diese Angelegenheit.

Bevölkerungsstatistik. Im Monat August wurden beim hiesigen Standesamt nachstehende Fälle registriert: Geburten: 18 Knaben, 21 Mädchen; Sterbefälle: 14 männliche, 12 weibliche Personen, 1 Totgeburt; 19 Eheschließungen. Es war demnach ein Geburtenüberschuß von 13 Personen zu verzeichnen.

Corbetha bei Schkopau. SPD.-Ortsgruppe. Um dem wieder lebhaft pulsierenden Parteileben im Bezirk Corbetha-Rattmannsdorf auch äußerlich Ausdruck zu geben, hat die Ortsgruppe eine neue Parteifahne angeschafft, die am Sonntag unter zahlreicher Beteiligung der Genossen der umliegenden Ortsgruppen geweiht wurde. Selbst Wünschwitz aus der äußersten Südostecke des Wahlkreises war vertreten. — Wie gerade in diesem ehemaligen Hauptbezirk der KPD. unsere Partei an Boden gewonnen hat, geht auch an der Anteilnahme des ganzes Ortes an der Weihe hervor; eine ganze Anzahl Neuaufnahmen konnten außerdem gemacht werden. — Dem neuen Ortsverein ein weiteres Blühen, Wachsen und Gedeihen!

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 21. September 1926.

Fleischvergiftung. Der hiesige Schankzeltbesitzer S. hatte von dem Fleischgroßhändler S. in Helfta Schweine gekauft, um diese anläßlich des Wiesenmarktes zu Fleisch- und Wurstwaren zu verarbeiten. Da der Schankzeltbesitzer bereits in der Vorwoche schon Waren von den betreffenden Schweinen verkauft hatte, erkrankten verschiedene Personen, welche von den Waren genossen hatten, unter Vergiftungserscheinungen. Die Polizei beschlagnahmte das Fleisch, damit der Weiterverkauf unterbunden wurde. Die Untersuchung wird ergeben, wer schuld ist an der Affäre. Es scheinen manche Geschäftsleute zu denken, daß zur Wiese alles mit durchgeht und das Publikum doch schweres Geld dafür bezahlen muß. Man denke aber auch an die Folgen, wenn nicht schon vor der Wiese die Feststellungen gemacht worden wären. Demzufolge ist für derartige Vergehen eine ganz exemplarische Strafe am Platze.

Gefahren der Straße. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich auf der Straße von Eisleben nach Siersleben am sogenannten Langen Berge. Hinter dem Auto des Gutsbesitzers Hansen von Hübitz lief der zwölfjährige Schulknabe Hermert aus Hübitz her. Er wollte zur Seite springen, als plötzlich ein Verkehrsauto der Ostharzbahn hinterher gefahren kam und das Hansensche Auto überholen wollte. Jedenfalls ist der H. gerade auf die Seite gesprungen, auf welcher überholt werden muß, denn dieses Auto riß ihn zu Boden und fuhr ihm über den Kopf, der ganz breitgedrückt wurde, demzufolge der Tod auf der Stelle eintrat. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet, um die Schuldfrage zu klären. Dieser traurige Vorfall mag wieder zur Mahnung dienen, wie vorsichtig man auf der Straße sein muß.

Hettstedt. Vom Spiel in den Tod. Der elfjährige Sohn Heinz des Gastwirts Raffaeli wurde mit einer Schlinge um den Hals im Garten unter einem Baum liegend tot aufgefunden. Man nimmt an, daß er hat Kunststücke machen wollen und dabei verunglückt ist. Der Tod ist mittels der Schlinge herbeigeführt worden.

Gewerkschaftliches.

Die Forderungen der Eisenbahner.

Die Bedeutung der Beamtenrätewahlen.

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, Ortsgruppe Halle, hatte am Sonntag nach „Sankt Nikolaus" eine gut besuchte, öffentliche Reichsbahnbeamtenversammlung mit dem Thema: „Eisenbahnkatastrophen, Umstellungen in der Betriebswirtschaft und in der Personalpolitik, Beamtenrätewahlen" einberufen. Der Referent, Bezirksleiter Möller, sprach eingehend über die Eisenbahnkatastrophen, ihre Ursachen und Auswirkungen. Er anerkannte die Unterstützung der Presse, die der Einheitsverband bei seiner Aufklärungsarbeit erhalten hat.

Die Kommentare der Reichsbahngesellschaft zu den Katastrophen geben als Ursache entweder Attentat, wie in letzter Zeit, oder Verschulden des Personals an, ohne den Versuch zu machen, den wahren Ursachen auf den Grund zu gehen. Diese liegen in der Entblößung des Betriebes von Personal, übermäßig langen Dienstschichten und schlechter Bezahlung.

Die Betriebssicherheit wird besonders gefährdet durch Vergebung des Baues und Umbaues von Gleisanlagen an Privatunternehmer, die von ungeschulten Arbeitskräften die Arbeiten ausführen lassen. Die Verantwortung für die Attentate hat die Verwaltung zu tragen, weil sie es an der nötigen Streckenkontrolle fehlen ließ. Im Interesse der Sicherheit des reisenden Publikums kann die Reichsbahngesellschaft nicht genug zur Sicherung der Gleisanlagen tun.

Die von der Verwaltung eingesetzten Untersuchungsausschüsse haben wenig Wert, weil Richtschnur derselben ist, festzustellen, daß alles in Ordnung ist. Im Interesse der Sicherheit des Betriebes muß daher gefordert werden:

Ausführung der Gleisarbeiten durch die Stammarbeiter.
Beseitigung der materiellen Sorgen der Eisenbahner.
Verkürzung der Dienstschichten.

Hierauf entrollte der Referent ein klares Bild über die von der Verwaltung beabsichtigte Erweiterung des Gleisnetzes zur Elektrisierung und der damit verbundenen personalwirtschaftlichen Umstellung, die gleichzeitig von der Verwaltung zur Verwässerung des festen Beamtenkörpers ausgenutzt werden soll.

In längeren Ausführungen wies Möller dann auf die besondere Bedeutung der Beamtenrätewahlen hin. An zahlreichen Beispielen erläuterte er die Möglichkeit der Mitwirkung und die Erfolge der Beamtenvertretungen. Der Beamtenrat ist des Spiegelbild der Einstellung der Belegschaft. Jeder Wahlberechtigte muß am 27. und 28. September seine Stimme abgeben, denn Wahlrecht ist Wahlpflicht!

In eingehender, sachlicher Weise nahm Möller darauf die einzelnen Organisationen, gestützt auf Tatsachenmaterial, unter die Lupe, wobei Zwischenrufe aus der Versammlung die Ausführungen noch besonders drastisch unterstrichen. Der Referent schloß mit den Worten: „Die Kollegen müssen sich tragen lassen von der Ueberzeugung, daß ihre Interessen beim Einheitsverband wohl gewahrt sind. Es gilt die Sammlung zum Kampf für das Recht, zum Kampf für eine vernünftige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, dann kämpfen wir für ein neues, großes Vaterland, das sich nicht auf Gruppenegoismus oder auf die Bajonette von Soldaten stützt, sondern auf das Glück und Wohlergehen der arbeitenden Bevölkerung."

In der nun folgenden Diskussion wurden die Ausführungen nochmals unterstrichen. Das Vorstandsmitglied Beyer vom ZGdA. gab eine Erklärung ab, die inhaltlich eine sachliche Aussprache forderte, die er jedoch in seinen weiteren Ausführungen selbst vermissen ließ. Auf einen Zwischenruf gab er zu, daß es richtig sei, die Listen des Einheitsverbandes zu wählen.

In seinem Schlußwort ging Möller kurz auf die Ausführungen des genannten Redners ein, der leider den Saal in Ahnung der kommenden Dinge verlassen hatte, und stellte die Verdrehungen richtig. Mit einem nochmaligen Hinweis auf die Bedeutung der Beamtenrätewahlen und die Notwendigkeit, die Listen des Einheitsverbandes zu wählen, schloß der Versammlungsleiter Sorgenfrei die Versammlung.

Es lebe die Solidarität!

Schöne Opferfreudigkeit der hallischen Arbeiterschaft.

Die Sammlung des hallischen Ortskartells des ADGB. für die englischen Bergarbeiter hat **4150 Mark** ergeben, die bereits an die streikenden englischen Genossen abgesandt worden sind.

Stahlhelm und Sozialpolitik.

Eine verspätete Richtigstellung.

Vor einiger Zeit berichteten wir über die unverschämte Beschimpfung, die in dem Bundesorgan des Stahlhelmbundes gegen die Mitglieder der Knappschaftskassen ausgesprochen war. Es wurde von den Bergarbeitern behauptet, sie bekämen an Krankengeld mehr als sie bei normaler Arbeit verdienen könnten. Das Knappschaftsgesetz wurde im „Stahlhelm" als „sozialer Unsinn" und als ein „Freibrief der Faulheit" bezeichnet.

Der „Stahlhelm", das Bundesorgan, dessen Hauptschriftleiter bekanntlich wegen Anstiftung zum Fememord in Untersuchungshaft sitzt, ist gegenwärtig noch immer verboten wegen seines Schmähartikels gegen die Weimarer Verfassung. Aber in dem hallischen Stahlhelmorgan des Herrn Duesterberg, im „Alten Dessauer", finden wir jetzt eine Berichtigung, die von der Schriftleitung des „Stahlhelm" ausgeht. In ihr wird über jene Knappschaftsnotiz folgendes gesagt:

„Unsere Ausführungen beruhten auf Unterlagen, die uns von einer Zentralstelle zur Verfügung gestellt waren, die sich bisher als absolut zuverlässig erwiesen hatte und von der wir wissen, daß sie sich in keiner Abhängigkeit von irgendwelchen Arbeitgebern befindet. Wir müssen nun jetzt feststellen, daß im vorliegenden Falle sich die Angaben und damit auch unsere Schlußfolgerungen als unrichtig erwiesen haben. Durch das Verbot unserer Zeitung sind wir leider verhindert, den Artikel sofort zu berichtigen und wir bitten, auf diesem Wege davon Kenntnis zu nehmen, daß wir unsere Notiz ganz außerordentlich bedauern und ihn (soll wohl heißen „sie"? — Red. d. „V.") mit seinem ganzen Inhalt zurücknehmen."

Es ergibt sich also diese erfreuliche Situation: Der „Stahlhelm" bringt eine die Arbeiterschaft schmählichst herabsetzende und beschimpfende Notiz. Sie stammt aus einer „Zentralstelle", die angeblich „nicht von Arbeitgebern abhängig" ist. Leider wird die Adresse dieser Verleumdungszentralstelle nicht angegeben. Der „Stahlhelm" druckt diese arbeiterfeindliche Notiz mit Wonne ab. Er muß erst aus seinen eigenen Anhängerkreisen darauf aufmerksam gemacht werden, daß es nicht zu seinen Aufgaben gehöre, die Gepflogenheiten des unselig entschlafenen „Reichsverbandes zur Beschimpfung der Sozialdemokratie" fortzusetzen. Deswegen jetzt das „außerordentliche Bedauern".

Es fällt aber auf, daß der Schmähartikel gegen die Weimarer Verfassung auch nachträglich als „von unbekannter Seite eingeschickt" bezeichnet worden ist. Es scheinen im Bundesorgan der Stahlhelmer merkwürdige journalistische Gepflogenheiten zu herrschen. Vielleicht glaubt man, es könne alles genau so gedruckt werden, wie man in Stahlhelmversammlungen redet, ohne dabei Widerspruch oder Kritik zu erfahren. Wohlgemerkt: diese Methode ist zur Hauptsache erst eingerissen, seit im Stahlhelm die rechtsradikalen Offizierskreise die Führung an sich gerissen und diese Tatsache auch durch den Stahlhelm-Heinz nach außen zum Ausdruck gebracht haben.

Verhandlungen im Bankgewerbe vertagt. Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mitteilt, mußten die für heute angesetzten Tarifverhandlungen infolge Erkrankung des vom Reichsarbeitsministerium bestellten Schlichters vertagt werden. Die neuen Verhandlungen finden voraussichtlich Freitag, den 24. September, spätestens aber Montag, den 27. September 1926, statt.

Aussperrung von Tabakarbeitern in München.

Vom Deutschen Tabakarbeiter-Verband wird uns geschrieben: Die Zigarettenfabrik Zuban in München lehnt, trotzdem ein Hauptvertrag für die Zigarettenindustrie ausdrücklich vorschreibt, daß in den einzelnen Orten bzw. Bezirken Lohntarife zu vereinbaren sind, den Abschluß eines neuen Lohntarifs ab. Erst durch eine Entscheidung des Münchener Schlichtungsausschusses mußte sie sich belehren lassen, daß tarifliche Bestimmungen auch für sie Geltung haben. Jetzt ist die Firma auf einen neuen Ausweg verfallen. Sie hat der gesamten Belegschaft zum 1. Oktober gekündigt. Wer gewillt ist, die von der Firma vorgelegte Arbeitsordnung anzuerkennen, soll sich am 4. Oktober zur Wiederaufnahme der Arbeit melden. Die Firma verfügt also eine ausgesprochene Aussperrung, um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und die Arbeiterschaft zu sieben; denn von den rund 1200 Beschäftigten sollen 200 nicht wieder eingestellt werden.

Die Verbände der Zigarettenarbeiter werden alle Mittel anwenden, um das Vorgehen der Zuban-Zigarettenfabrik scheitern zu lassen.

Der englische Bergarbeiterstreik.

Die Bergarbeiterexekutive lehnt Baldwins Vorschläge ab.

London, 21. September. (Radiomeldung.)

Die Exekutive der Bergarbeiter hat sich, ohne einen Beschluß zu fassen, auf Dienstag vertagt. Es steht jedoch bereits fest, daß entweder eine Ablehnung der Vorschläge folgen muß oder die Einberufung einer neuen Delegiertenkonferenz erfolgen wird, der die Exekutive die Ablehnung empfehlen wird.

Internationaler Transportarbeiter-Kongreß

Die Arbeitsbedingungen bei den Eisenbahnen.

Paris, 20. September. (Eig. Drahtbericht.)

In der Montagsitzung des Transportarbeiter-Kongresses wurde fast ausschließlich die Frage der Arbeitsbedingungen bei den Eisenbahnen besprochen. Im Namen der deutschen Delegierten kritisierte Scheffel die Mißbräuche, zu denen die Umstellung der deutschen Eisenbahnen in eine Eisenbahngesellschaft Anlaß gegeben habe. Man zwinge dort die Arbeiter, oft 10 oder sogar 12 Arbeitsstunden zu leisten, ohne daß sie sich auf die internationalen Abmachungen berufen könnten. Scheffel gab dem Wunsch Ausdruck, daß alle Mächte, die die Londoner Abmachungen unterzeichneten, gezwungen würden, bei ihren Eisenbahnen die Arbeitsbedingungen einzuführen und anzuwenden, die in anderen Ländern üblich seien. Mehrere Delegierte, darunter der Sekretär der französischen Eisenbahnergewerkschaft, unterstützten diese Forderungen und wiesen darauf hin, daß die deutschen Eisenbahnen die genaue Kopie, was die Organisation anbelangt, der französischen Eisenbahnen seien, daß die französischen Eisenbahner also die gleichen Gründe hätten, sich zu beschweren. Auf Vorschlag des deutschen und französischen Delegierten beschloß der Kongreß, eine Eingabe in diesem Sinne an das Internationale Arbeitsamt in Genf zu machen.

Internationaler Kongreß der Postgewerkschaften.

Protest gegen den Fascismus.

Paris, 21. September. (Radiomeldung.)

Die Eröffnungssitzung des vierten Kongresses der internationalen Postgewerkschaften in der Aula der Pariser Sorbonne verlief sehr einfach, aber eindrucksvoll. Im Namen der Internationale hielt der Präsident Bowen eine längere Eröffnungsrede, in der er die Delegierten von 15 Nationen, die an dem Kongreß teilnahmen, begrüßte. Er gab dem Wunsche Ausdruck, daß der Kongreß nicht nur zur Herstellung der Zusammenarbeit unter den Postgewerkschaften, sondern unter allen arbeitenden Schichten beitragen werde. Dann richtete er einen Gruß an die italienischen Gewerkschaftler, deren Organisation der Fascismus aufgelöst hat und die deshalb nicht an dem Kongreß teilnehmen können. „In dem Augenblick", sagte er wörtlich, „in dem Frankreich von einer völlig ergebenen Presse gemeinsten Angriffen ausgesetzt ist, entsende ich im Namen des Kongresses den italienischen Brüdern einen Gruß und rufe ihnen Mut zu. Es ist ausgeschlossen, daß die Freiheit nicht siegt denn ihre Idee ist zu stark."

Nach Bowen sprach der Generalsekretär der Internationale Maier. Auch er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die italienischen Postgewerkschaften bald wieder ihren Platz auf dem internationalen Kongreß einnehmen werden.

Die Nachmittagssitzung des Kongresses war der Besprechung des moralischen Berichtes gewidmet. An der Aussprache beteiligten sich u. a. die deutschen Delegierten Fräulein Kolshorn, Karg und Scherf. Der Bericht wurde einstimmig angenommen.

Der Kongreß der französischen Bergarbeiter ist am Sonntag durch die feierliche Einweihung des Gewerkschaftshauses der Bergarbeiter in Lens eingeleitet worden. Das Gewerkschaftshaus ist an der Stelle errichtet, an der das im Laufe des Krieges zerstörte Gewerkschaftshaus gestanden hat. Zahlreiche Delegationen der französischen freien Gewerkschaften hatten sich eingefunden. Nach der Einweihung fand ein Bankett statt, auf dem u. a. der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas und der Generalsekretär der französischen Gewerkschaften Jouhaux das Wort ergriffen.

Rundfunk-Programme.

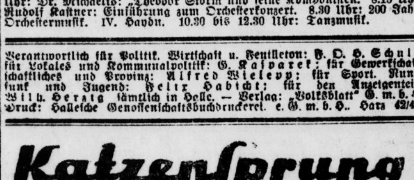
Leipzig (Welle 452).

Mittwoch: 3 bis 4 Uhr: Uebertragung von Königswusterhausen. 4.30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert. 6.30 bis 6.45 Uhr: Morsekurs. 6.45 bis 7 Uhr: Arbeitsbericht. 7 bis 7.30 Uhr: Dr. Christoph Jobst: „Die Bibliotheken des Altertums und Mittelalters." 7.30 Uhr: Wettervoraussage. 7.45 bis 9.45 Uhr: Johann Peter Hebel (zu seinem 100. Todestage). — Wilhelm-Rinkens-Abend. Anschließend (etwa 9.45 Uhr): Pressebericht und Sportfunk. Anschließend: Funkpranger. 10 Uhr: Funkbrettl.

Königswusterhausen (Welle 1300).

Mittwoch: 12 bis 12.30 Uhr: Französisch für Schüler. 3 bis 3.30 Uhr: Englisch für Anfänger. 3.30 bis 4 Uhr: Englisch für Fortgeschrittene. 4 bis 4.30 Uhr: Rektor Winde: „Vom Wesen der Schwerhörigenschule." 4.30 bis 5 Uhr: Aus dem Zentralinstitut (Ankündigungen). 5 bis 6 Uhr: Dr. Muckermann: „Ursprung der Menschenrassenunterschiede." 6 bis 6.30 Uhr: Studienrat Thiel: „Die Stellung der Technik." 6.30 bis 7 Uhr: Dr. Pinkerneil: „Die englische Kohlenkrisis." 7 bis 7.30 Uhr: Dr. Michaelis: „Theodor Storm und seine Komponisten." 8.15 Uhr: Rudolf Kastner: Einführung zum Orchesterkonzert. 8.30 Uhr: 200 Jahre Orchestermusik. IV. Haydn. 10.30 bis 12.30 Uhr: Tanzmusik.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft u. Feuilleton: H. O. H. Schulz; für Lokales und Kommunalpolitik: G. Kasparek; für Gewerkschaftliches und Provinz: Alfred Wielepp; für Sport, Rundfunk und Jugend: Felix Habicht; für den Anzeigenteil: Wilh. Herzig, sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Harz 42/44.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260921-13/fragment/page=0007

Kunst, Wissenschaft, Leben

Englische Aerzte gegen ihre schwarzen Kollegen.

Dem Londoner Aerzte-Verein ist die Ankunft von 700 schwarzen Aerzten aus den Vereinigten Staaten angekündigt worden, die mit ihren Frauen und Kindern in Begleitung von amerikanischen Juristen in den nächsten Monaten nach London kommen werden, um sich dort ihrer beruflichen Weiterbildung zu widmen. Gleichzeitig hat sich der amerikanische Aerzte-Kongreß mit einem Rundschreiben an die großen Londoner Krankenhäuser gewandt, in dem er das Ersuchen ausspricht, den 75 führenden schwarzen Aerzten aus Amerika den Besuch der Krankenhäuser zu erleichtern und sie nach Möglichkeit bei ihrem Studium zu unterstützen. Die Anregung ist jedoch auf den energischen Widerstand der Londoner Aerzte gestoßen, die sich gegen den angekündigten Besuch sträuben. Der Dekan der Londoner ärztlichen Fakultät, Prof. William Wright, hat den Standpunkt der Londoner Aerzte dahin präzisiert: „Wir wünschen durchaus nicht, daß schwarze Aerzte in solchen Mengen in unseren Krankenhäusern Studien machen. Es handelt sich hier um eine reine Frage der Farbe." Dem Berichterstatter eines großen Londoner Blattes hat sich Prof. Wright zu dieser Frage noch weiter geäußert. Dieser Massenbesuch gelte dem Studium beruflicher Geheimnisse; gerade die Medizin sei, wie keine andere Wissenschaft, intimer Natur. Die Absicht der Negerärzte müsse unweigerlich die Rassen- und Farbenfrage aufs Tapet bringen. „Es handelt sich um etwa 70 schwarze Aerzte, die ihre Studien unter unserer Führung machen wollen. Von einem solchen Massenbesuch kann gar nicht die Rede sein, schon aus dem Grunde nicht, weil das Erscheinen so vieler schwarzer Aerzte an den Krankenbetten unserer Patienten diese nur erregen und beunruhigen könnte." Bei den amerikanischen Aerzte-Vereinen hat diese Stellungnahme erklärlicherweise böses Blut gemacht, zumal Prof. Wright seinen Anstand nimmt, diese Angelegenheit, die man als streng vertraulich behandelt wissen wollte, in der Oeffentlichkeit zu erörtern. Verwunderlich berühre es besonders auch, daß ein Mann in der Stellung Prof. Wrights heute noch die Ausbildung von der Farbe der Hautfrage abhängig gemacht wissen wolle.

Abschiedsformen der verschiedenen Völker.

Wollen die Südseeländer Abschied voneinander nehmen, so fassen sie sich gegenseitig am Perlenhalsband, was sowohl Männer wie Frauen tragen, und schütteln es kräftig. — Die Türken machen einen Knicks, indem sie zu gleicher Zeit die Hände auf der Brust kreuzen.

Das „Auf Wiedersehen" der Japaner wird dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie den Pantoffel in die Luft werfen.

Bei einigen Stämmen der Südseeinseln besteht der Brauch, daß beim Abschiednehmen der Liebhaber den Knöchel am Fuß ergreift, während auf den Fidschiinseln hierbei eine große Zeremonie gemacht wird. Männer und Frauen tragen hier rote Federn, die sie beim Abschied kreuzen. Hierdurch soll bezeugt werden, daß trotz der Trennung die Herzen in Frieden und Freundschaft vereint bleiben.

Nimmt in Otaheiti ein Mann Abschied von einer Frau, so dreht er deren Rock so lange, bis er einer Schnur gleicht.

Johann Peter Hebel.

Zu Hebels 100jährigem Todestag (22. September 1926).

Von Alfred Auerbach.

Ich sagte jüngst einem Genossen, daß bald Hebels Hundertjahrfeier sei. Er hörte flüchtig den Namen und sprach: „Ja, Hebbel war ein ganz Großer."

„Nein", sagte ich, „ich meine ja Hebel" —

„So, wer ist denn das?"

„Ein süddeutscher Volksdichter" —

„Ach so, den kenne ich nicht."

„Das ist doch der Mann, der das „Schatzkästlein" geschrieben hat, mit den lustigen Schnurren und Gaunergeschichten vom Zundelfrieder und den Späßen vom „Kannitverstahn" und dem „Barbierjungen von Segringen". —

„Ach", sagte der Genosse; — „ja, ich habe einmal in den Lesebüchern der Schule so was gefunden, aber ich erinnere mich nicht genau an das Zeug." —

Er war Norddeutscher und hatte wenig Sinn für den harmlosen Kleingeschichtenplauderer Hebel.

„Hebel", „Hebbel", das weiche Klingen des süddeutschen Namens und das harte Hämmern „Hebbel", das gibt schon Charakteristik: Hebel aus süddeutsch. sonnengewärmtem Wiesental, ein Spaziergänger des Lebens, Arbeiterkind, wie Hebbel, aber nicht zerprügelt vom Jugendleben, sondern fast im Schlaf zu Stellungen hingehätschelt, die ihm Behaglichkeit und Beschaulichkeit erlaubten. Hebel, eine Erscheinung aus uns ganz fremd gewordenen Zeiten der Teilnahmslosigkeit an Zeitfragen, die man den großen Herren gehorsamst überließ. Hebel, der brav Erzogene, vom Herrn Vorgesetzten patriarchalisch dafür belohnte Hebel, das brave Schulexempel: „Halte dich ordentlich nach dem Gebote deiner Aelteren und schaue auf zu deinen Vorderleuten, und du wirst schon auf Erden für solche Tugend belohnt werden. Zieh immer brav 's Käppli ab." — Hebel, der etwas gar sehr Unbekümmerte — ein heute ganz überlebtes Menschheitsgemplar. So mag sein Gedenkbild ein kulturgeschichtliches Unikum sein, ein urzeitliches Geschöpf, das der Arche Noah entsteigt. Das haben schon Leute bemerkt, die nur wenige Jahrzehnte älter waren, als er, daß er die auffallende Gabe hatte, im Dusel an der Zeit vorbeizusehen, als ein rechter Sonnenwinkler des warmen Lebens und trunkfrohen Südens. Wenn der Mann einmal ins Wirkliche und Werdende hineinpolitisierte oder gar philosophierte, schnitt er grobe Schnitzer.

Leider tat ers öfters als gut war. —

Aber der schiefgewickelte und leichtfertige oder unselbständige Plapperer Hebbel, der ist ja gar nicht einen Erinnerungsartikel wert, den begraben wir ohne Inschrift.

Dem anderen, besseren Teil seines Wesens, dem Volksgeschichtlein schnurrenden Kalendermann Hebel, dem schreiben wir auf einen Zettel: „Du lustiger Hebel, geboren im Schwarzwald, im Süden weit unterhalb Freiburgs, der tröstlichen Stadt, dir schreiben wir das Zeugnis: deine Spitzbubengeschichten sind pfiffig, wie Markgräfler Wein, und warst du selbst ein lammfrommes Geschöpf, irgendein rebellisches Mütlein spritzte doch aus deiner Naturseele heraus." —

Der Schelm ist hinter seinen Ohren, spukt hinter seinem Antlitz und das ist uns, die wir beizendere Tonart haben, doch ein Anfang, eine Verwandtschaft.

Denkt euch, ein Prälat der evangelischen Kirche, einer der Badens höhere Unterrichtsanstalten inspiziert, ein staatlicher Herr Rat, treibt mutwilliges Spiel als Erzähler und phantasiert vom Zundelfrieder und vom roten Dieter, die ins Loch kommen und immer wieder neue Streiche aushecken, und läßt sie sich und andere bestiebitzen und lacht dazu. — Gibt es heute noch einen solchen Staatsbeamten, der in hoher Stellung so was öffentlich schriebe und mit seinem Namen zeichnete. Wie ernst sind unsere hohen Herren worden, wie feierlich und würdesicher. Damals durfte ein Prälat sich noch zu Kindsköpfen und Schelmen setzen, bis man ihm auch auf die Finger klopfte, dann schwieg er und wurde verdrossen.

Lest nach: „Die drei Diebe", „Wie der Zundelfrieder und sein Bruder dem roten Dieter abermals einen Streich spielen", „Wie der Zundelfrieder eines Tages aus dem Zuchthaus entwich und glücklich über die Grenz kam", „Das letzte Wort" und viele solcher Späße, die heute noch leben und das Volk erfreuen!

Wohl derselbe Schlaumeier sagte, als man ihn bei der Militärmusterung fragte, wie alt er sei: „21 Jahre, ich bin ein ganzes Jahr lang krank gewesen, sonst wäre ich 22."

Hebel schrieb auch Gedichte, Dialektgedichte, die der Südbadener heute noch gerne hört. Aber die haben seinen Wert nicht gemacht. Die Schnurren haben ihn geschaffen. Im „Schatzkästlein des rheinischen Hausfreundes". Die könnte ihr heute noch in allen Bibliotheken finden und mit Freuden zusammen lesen.

Alle Summiwaren zu mäßigen Preisen im Spezialgeschäft Summi-Bieder, Halle a. S., Große Steinstraße 81

Die Frau im Sarkophag.

Kriminalroman von Gerald Cumberland.

Copyright by Greiner & Comp., Berlin W 30.

3. [Nachdruck verboten.]

„Mary. Ja, sie arbeitet gut und gründlich. Sie hat die Sachen abgerieben. Aller Woche einmal."

„Gut. War sonst noch jemand in dem Zimmer?"

„Niemand, außer mir selbst. Ist irgend etwas nicht in Ordnung?"

„Nichts, Nana. Jedenfalls nichts, das Sie beunruhigen soll. Aber ich möchte hinter ein kleines Geheimnis kommen — deshalb bat ich Sie, diese Unterhaltung ganz unter uns zu behalten."

„Ja, soviel ich weiß, ist niemand in dem Zimmer gewesen, außer mir. Halt, ja, ich vergaß. Soulgrave — vor ungefähr vierzehn Tagen — er — wenigstens kam Mary zu mir —"

Sie zögerte einen Augenblick, gerade als ob sie sich bald vergessene Dinge wieder ins Gedächtnis zurückrufen müsse.

„Nun, Nana?"

„Ja, jetzt erinnere ich mich. Mary erwähnte mir gegenüber zufällig, daß Soulgrave in dem Zimmer war und einen Schlüssel suchte, um die Truhe zu öffnen. Sie fragte mich um mein Schlüsselbund, aber auch davon wollte keiner passen."

„War die Truhe abgeschlossen, als sie gebracht wurde?"

„Ja, ich erinnere mich, daß ich selbst versucht habe, sie zu öffnen. Sie sehen, Herr Percival, daß Soulgrave sie offenhaben wollte, wenn Sie zurückkehren würden."

„Ja, gewiß — ganz recht. Natürlich dachte er sich, daß ich sie offenhaben wollte. Können Sie sich erinnern, ging Soulgrave in das Zimmer, während Mary drinnen war?"

„Nein. Das war Sonnabend nachmittag. Mary rieb die Möbel immer am Sonnabendvormittag ab. Am Nachmittag suchten wir die Flasche mit der Polituressenz; sie glaubte, sie oben im Zimmer vormittags vergessen zu haben, und ging hinauf. Soulgrave war im Zimmer; vermutlich wird sie ihn gefragt haben, was er denn hier mache. Jedenfalls kam sie eine oder zwei Minuten später zu mir herunter und bat mich, ihr doch meine Schlüssel zu leihen. Ja, so war es. Jetzt erinnere ich mich ganz genau daran."

„Ich danke Ihnen, Nana. Das ist alles, was ich wissen wollte."

„Ich hoffe, Herr Percival, daß alles in Ordnung ist."

„Machen Sie sich darüber keine Sorgen, Nana. Wenn es etwas Ernsthafteres wäre, würde ich Ihnen alles erzählen."

Mit einem beruhigenden Lächeln verließ er sie. Dann, als er durch die weite Halle schritt, nahm er den Telephonhörer von der Wand. Eine Minute später sprach er mit Dr. Merivale.

„Merivale, sind Sie's? Hier ist Maxim am Apparat. Jawohl. Bin heute gerade gekommen. Danke, ausgezeichnet. Und Ihnen? Fein. Ja, hören Sie — können Sie jetzt zu mir herüberkommen?"

Mit leiser Stimme fuhr er fort: „Etwas Wichtiges! Ich möchte Sie konsultieren. Ja, können Sie kommen? Gut."

Er war tief in Gedanken, als er jetzt in sein Arbeitszimmer zurückkehrte; ganz in Gedanken versunken, dazu eine tüchtige Portion Aufregung. Aber Maxim war nicht der Mann, der sich von einer Erregung völlig beherrschen ließ. Er setzte sich an seinen Schreibtisch und machte sich genaue Notizen über das, was Frau Rickmann ihm soeben erzählt hatte. Fünf Minuten vergingen, dann legte er seine Aufzeichnungen in seine Schreibtischschublade und verschloß sie gut. Regungslos und völlig seinen Gedanken hingegeben, saß er in seinem Lehnstuhl und versuchte mit aller Energie und größter Geistesgegenwart, das Geheimnis zu enthüllen.

Aber er hatte keinerlei Lösung gefunden, nicht einmal eine Spur, als Merivale ankam. Maxim sah ihn den Fahrweg herüberkommen und öffnete ihm selbst die Tür. Der Doktor war praktischer Landarzt mit einem hübschen Vermögen und hatte viel Zeit und Muße. In den vergangenen sechs Jahren waren er und Maxim sich schon recht nahegekommen und standen miteinander auf vertrautestem Fuße.

„Herrlich, Merivale. Ich bin wirklich froh, Sie wiederzusehen. Nein — ich habe keine Zeit für eine alltägliche Unterhaltung. Hören Sie! Ich bin auf das größte Geheimnis, die seltsamste und unerklärlichste Sache gestoßen, die — davon bin ich fest überzeugt — einem Menschen seit Jahrzehnten begegnet ist. Es klingt fast, als ob es ein Werk von Edgar Allan Poe wäre. Bitte, setzen Sie sich. Hier ist auch Whisky, Zigarre?"

Merivale sah scharf zu seinem Freund hinüber, als sie sich die Zigarren anzündeten. Noch nie hatte er ihn in solch einer Verfassung getroffen.

„Also los," sagte er.

„Ja, viel zu erzählen ist da nicht; das, was ich Ihnen nachher zu zeigen habe, wird Sie von selbst hochjagen. Vergangenen November — ein paar Tage, bevor ich nach Afrika ging — fuhr ich nach Plumhampton hinüber. Dort war eine Antiquitätenauktion im „Alten Turm", der den Malorys gehört — wissen Sie, der alte Malory, der so plötzlich im vergangenen Jahre starb —, angekündigt, und als ich hörte, daß einige seltene Möbel auch zur Versteigerung kommen sollten, dachte ich, daß ich vielleicht dabei etwas für mich finden könnte. Und so war es auch. Oben stehen die damals gekauften Sachen. Sie wurden hierher transportiert, nachdem ich schon fort war. Und gerade vor einer Stunde habe ich sie mir zum ersten Male wieder angesehen."

Gedankenvoll hielt er inne.

„Ja, gerade vor einer Stunde," wiederholte Maxim. „Auch eine alte Truhe ist dabei — eine Truhe aus Zypressenholz. Es ist ein altes, roh geschnitztes Ding — wenigstens dreihundert Jahre alt. Sie war verschlossen. Das Schloß ist modern — könnte gestern eingesetzt worden sein. Zufällig paßte einer meiner Schlüssel. Ich drehte den Schlüssel herum, hob den Deckel hoch, und dort in der Truhe lag vor mir — ein — ein —"

Wieder hielt er inne.

„Was lag dort?" fragte Merivale ungeduldig.

„Sie sollen es selbst sehen," antwortete Maxim, „kommen Sie mit."

Beide standen auf und gingen stillschweigend die Treppe hinauf. Dann traten sie in das Zimmer, in dem die Möbel standen. Es war dunkel; Maxim zündete sofort die beiden Gasleuchter an der Wand an.

„Hier," sagte er, „hier ist die Truhe."

Damit zeigte er auf sie und kniete nieder, um sie aufzuschließen. „Ruhig, Merivale," sagte Maxim warnend. „Bewahren Sie Ihre Fassung."

Der Deckel wurde aufgeschlagen.

In der Truhe lag mit nach oben gewandtem Antlitz und über der Brust gekreuzten Händen der Körper einer jungen Frau von zartester und faszinierendster Schönheit. Sie war in rote Seide gehüllt. Mit bloßen Armen lag sie da, üppiges blondes Haar umrahmte ihr Antlitz. Die Augen waren geschlossen und das Gesicht war bleich.

Einen Augenblick starrte Merivale in entsetztem Schweigen.

„Die Polizei," stieß er heiser hervor. „Haben Sie die Polizei benachrichtigt?"

„Nein," entwortete Maxim, „das werde ich auch nicht tun. Ich will allein hinter dieses Geheimnis kommen."

II.

Eine lange Minute verrann, bevor einer von beiden sprach.

Merivale riß sein Taschentuch aus der Tasche und trocknete sich die schweißbedeckte Stirn. Unwillkürlich blickte er sich und legte den Deckel wieder auf die Truhe.

„Ich kann — ich kann kaum glauben, daß das Wirklichkeit ist," sagte er und wich zögernd zur Tür zurück. Sein Taschentuch hatte er in seiner Hand zu einem Knäuel zusammengedrückt und unwillkürlich starrte er zu Maxim hinüber, als ob sein Freund ihm einen sehr unangenehmen Streich gespielt hätte.

„Aber es ist Wirklichkeit," entgegnete Maxim.

„Ja, ja, aber die Polizei, Maxim," beharrte Merivale. „Das ist das erste, was Sie tun müssen. Gehen Sie gleich ans Telephon — zuerst die Polizeiwache, dann das Polizeipräsidium in Hertford."

Er sprach völlig aufgeregt und gebrauchte wieder sein Taschentuch. Mit der Hand fuhr er sich an den Kragen, als ob der ihn plötzlich würgte und beengte, sein ganzer Anzug kam ihm plötzlich zu eng vor und verursachte beklemmende Hitze.

Maxim lächelte.

„Ein tüchtiger Schreck, wie?" meinte er. „Aber es hat keinen Zweck, daß Sie sich aufregen, Merivale. Dies ist meine Sache. Hier ist, was ich sofort schon in meinem Leben mir wünschte. So eine Sache für Sherlock Holmes und all das, was drum und dran hängt. Und es ist sehr viel netter, Dinge selbst zu unternehmen und mitzuerleben, als immer nur von ihnen zu lesen, nicht? Ich will dieser Sache auf den Grund gehen, und wenn ich bei dem Versuch mein Leben riskiere."

„Aber das Risiko, die Gefahr! Machen Sie sich doch das klar! Nehmen wir nur an, daß die Polizei ausfindig macht, daß dies — also dieser Körper hier — daß Sie ihn hier verbergen. Sie würden dann in Teufels Küche geraten! Wie würde es bei der Polizei heißen? „Mitschuldig an der Tat". Das hieße für Sie Gefängnis. Und andere Belastungsmomente würden da sein — Verheimlichung eines Todes — ja, man könnte Sie selbst als Mörder verhaften."

„Sicher," sagte Maxim unerschütterlich. „Aber diese Dinge können mir nichts anhaben. Sie sind Begleitumstände bei diesem Spiel. Man sagt, daß leben ein Kunst sei; gut, ich werde jetzt das Leben eines Detektivs führen. Aber Sie haben mich enttäuscht, Merivale. Ich hatte gehofft, Sie würden mir helfen und dachte, Sie würden sich mit mir in das Geheimnis stürzen."

„Ich?" fragte der kleine Doktor bestürzt. „Um Gottes willen; nicht, daß ich wüßte! Ich bin gerade entsetzt genug über das, was ich vor mir gesehen habe."

Er wandte sich geängstigt um, und als er die Tür offen sah, schloß er sie leise. Nun wurde ihm der Ernst seiner Lage erst völlig klar, und er platzte sofort mit seiner Meinung heraus:

„Ich wünschte wirklich, Sie hätten mir nichts erzählt, Maxim. Sehen Sie denn nicht, daß ich nun einfach mit in die Geschichte hineingezogen bin — völlig gegen meinen eigenen Willen? Wenn irgend etwas entdeckt wird, werde ich ebenfaqut wie Sie festgenommen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260921-13/fragment/page=0008